

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAFEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAFEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

## Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

## Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorstraße 25.  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt III, 5246.  
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidegasse.  
Redaktionsschluss: Sonnabend.

## Insertion.

Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Der Kampf um die Jugend. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Gewerkschaftliche Verfassungsfragen, II. Aus der Reichsversicherungs-Kommission, VI. — **Allgemeines:** Ein Vorschlag — eine Mahnung. Ein Judasbrief. Ortsberichte: Hirschberg. — **Der Lithograph:** Noch einmal die Musterfrage. Aus den Sektionen: Leipzig. — **Der Steindrucker:** Bronzedruck und Gesundheit. — **Die photomech. Fächer:** Keine Streikbrechergarde? Aus den Sektionen: Berlin (Kupferdr.), Berlin (Lichtdr.), München. — **Photogr. Mitarbeiter:** Engagements ohne ordnungsgemäße Vereinbarung. — **Die Tapetenbranche:** Budengespräch. Aus den Sektionen: Leipzig. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### Gesperrt.

**Hirschberg i. Schl.** Hier wurden in der Firma E. Siegmund alle Kollegen kündigungsgelöst. Die Firma ist gesperrt.

## Der Kampf um die Jugend.

Seit sich die Arbeiterjugend von den frömmelnden Jünglingsvereinen und den hurrapatriotischen Jugendverbindungen zu emanzipieren und auf sich selbst zu besinnen begann, sind die eigenen Vereinigungen der Arbeiterjugend von den herrschenden Klassen und der Regierungsbürokratie mit schlotternder Angst beobachtet und mit allen staatlichen Gewaltmitteln bekämpft worden. Wie in allen anderen reaktionären Unterdrückungsmaßnahmen gegen die aufstrebende Arbeiterklasse so tat sich auch in dem Kampfe gegen die proletarischen Jugendorganisationen die preußische Regierung mit ihren Organen ganz besonders hervor, eingedenk des Wahlspruchs: »Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran« — in dem Kampfe gegen Fortschritt und Kultur. Kürzlich war der Vorwärts in der Lage, einen vom 23. November 1910 datierten Erlaß des preußischen Ministers des Innern v. Dallwitz zu veröffentlichen, worin dieser seinen untergeordneten Regierungspräsidenten Anregungen zur energischen Unterdrückung der Jugendorganisationen gibt.

Der Minister weist in dem Erlaß mit Genehmigung auf die Auflösung der freien Jugendorganisation in Berlin durch den berühmten Polizeipräsidenten v. Jagow hin, der seine Maßnahme mit der Behauptung begründete, daß die Jugendorganisation ein politischer Verein sei. Das Oberverwaltungsgericht habe durch Urteil vom 14. Oktober 1910 den politischen Charakter der freien Jugendorganisation und ihren engen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie ebenfalls festgestellt, wodurch der Weg gezeigt sei, auf dem es möglich sein werde, den sozialdemokratischen Bestrebungen zur Gewinnung der Jugend mit Erfolg entgegenzutreten. »Die Schädlichkeit der in Rede stehenden Agitation«, heißt es in dem Erlaß, »macht es dringend nötig, von jeder sich bietenden Handhabe zu ihrer Eindämmung den schärfsten Gebrauch zu machen.« Der Minister wünscht daher, daß die Polizeibehörden mit den im Urteil vom 14. Ok-

tober 1910 aufgestellten Rechtsgrundsätzen bekannt gemacht und zur Prüfung der Frage angewiesen werden möchten, »ob in ihrem Dienstbezirk sich ein Anlaß zum Einschreiten bietet«. Zum Schluß wünscht der Minister von jedem strafrechtlichen oder polizeilichen Einschreiten gegen die freien Jugendorganisationen Bericht zu erhalten.

Natürlich wurde dieser ministerielle Wink mit dem Zaunpfahl schleunigst befolgt. Die »Instruktionen« wurden von den Regierungspräsidenten an die ihnen unterstellten Landräte, von diesen an die Amts- und Gemeindevorsteher und schließlich von letzteren wieder an die Gendarmen und Polizisten weitergegeben, so daß die Schnüffelrei nach der »politischen Betätigung« der freien Jugendorganisationen und auch der Jugendkommissionen, die im Erlaß des Ministers ausdrücklich mit erwähnt werden, mit Eifer fortgesetzt und das Kesselreiben gegen die Arbeiterjugend rege weitergeführt werden kann.

Allerdings wird der preußische Polizeiminister mit seinem Beamtenstabe nicht viel Glück dabei haben, denn trotz des Urteils gegen die Berliner freie Jugendorganisation sind die Vereinigungen der Arbeiterjugend eben nicht politisch. Die Materialausbeute in dieser Richtung wird also recht problematischer Natur bleiben. Daher versucht man weitere Mittel, um die Arbeiterjugend ihren eigenen Vereinigungen abtrünnig zu machen und vor dem Gift der modernen Arbeiterbewegung zu bewahren.

Die Thronrede, mit der am 10. Januar d. J. der preußische Landtag eröffnet wurde, sagt zwar kein Wort von einer Einlösung des feierlichen Königswortes über die Reform des Wahlrechts, wohl aber wird darin folgender Plan zur Erhaltung der Arbeiterjugend in »Gottesfurcht und Königstreue« entworfen:

»Um die körperlichen und sittlichen Kräfte der schulentlassenen Jugend zu entwickeln und für das Leben zu festigen, hat sich die Staatsregierung entschlossen, eine planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege einzuleiten. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind im Staatshaushaltsetat für 1911 besondere Mittel vorgesehen. Sie sollen vor allem dazu dienen, die bestehenden, auf freiwilliger Grundlage beruhenden Einrichtungen der Jugendpflege auszubauen und zu erweitern und die auf diesem Gebiete bisher schon bewährten Kräfte zusammenfassend zu unterstützen. Von Erfolg werden die Absichten der Staatsregierung nur begleitet sein können, wenn sie in der freiwilligen Mitarbeit weitestere Kreise des Volkes tatkräftige Unterstützung finden.«

Das bedeutet nichts anderes, als daß man die bürgerlichen Jugendvereine und die sonstige »staatsbehaltende« Jugendpflege aus den Steuergroschen des Volkes subventionieren will. Die eigentliche bürgerliche Jugend wird von dieser Art »Jugendfürsorge« natürlich nicht berührt. Sie soll in ihrem freien, flotten Lämmelleben nicht behindert werden. Nur die Arbeiterjugend soll ihren ernstesten und heiligen Bildungsbestrebungen und ihrem Ringen nach klarer Erkenntnis entzogen und in die Zwangsjacke der »nationalen« oder frömmelnden Jünglings- und Jungfrauenvereine unter pfäffischer oder bureau-

kratischer Bevormundung gepreßt werden. Dadurch hofft man der freien Jugendbewegung das Wasser abgraben, die Arbeiterjugend von der Schulzeit bis zur Militärzeit den Einflüssen der modernen Arbeiterbewegung entziehen und schließlich auch die Arbeiter nach ihrer militärischen Dienstzeit der proletarischen Klassenbewegung fernhalten zu können. Aber diese ist eine durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingte und aus diesen herausgewachsene Kulturbewegung, die sich auch durch diese Maßnahmen, die nichts anderes als ein Kampf gegen Windmühlenflügel sind, nicht unterdrücken läßt.

Schneller und bei weitem eifriger als das Wahlrechtsversprechen von 1908 sucht natürlich die preußische Regierung den Plan der Thronrede von 1911 zur »Ausgestaltung der Jugendpflege« zu verwirklichen. Schon eine Woche nach der Verlesung, und zwar am 18. Januar, brachte das Kultusministerium einen Erlaß heraus, durch den die Verwirklichung des Planes eingeleitet wird. Da die Jugendpflege »die Anwendung irgend einer bürokratischen Schablone« nicht vertragen und die »tunlichst freie Entfaltung aller geeigneten Kräfte« unentbehrlich sei, wird »an das Wohlwollen und die opferwillige Mithilfe aller Vaterlandsfreunde in allen Ständen und Berufsklassen« appelliert. Alle Behörden, Geistlichen, Beamten und Lehrer sollen sich bereit halten, »planmäßig auf das gemeinsame Ziel« hinzuwirken. Innerhalb jedes Regierungsbezirkes soll die Bildung geeigneter Organisationen vorbereitet werden: Stadt- oder Ortsausschüsse für Jugendpflege und in ländlichen Orten und nicht kreisfreien Orten Kreis- oder Kreis- und Kreisfreie Ausschüsse für Jugendpflege. Als einheitliche Stelle wird nach dieser »Kleinarbeit der örtlichen Instanzen« ein Bezirksausschuß für Jugendpflege vorgeschlagen, der unter Leitung des Regierungspräsidenten etwa 20 Mitglieder aus allen Berufsklassen und Ständen umfassen soll.

Vorerst besteht, wie es in dem Erlaß heißt, nicht die Absicht, staatliche Einrichtungen mit Besuchszwang für die schulentlassene Jugend zu schaffen. Es handele sich vielmehr darum, die bestehenden Veranstaltungen dritter und Vereinigungen aller Art »unter sich und mit den staatlichen, den Kreis- und Gemeindeorganen zu einheitlichem, planvollem Wirken zusammenzuschließen und ihnen innerhalb der sich daraus ergebenden größeren örtlichen, Kreis- und Bezirksorganisationen durch Rat und Tat, auch durch Zuwendung staatlicher Mittel als Beihilfen eine an Umfang und Kraft gesteigerte Wirksamkeit« zu ermöglichen. Für den vorliegenden Zweck stehe der Regierung ein besonderer Fonds zur Verfügung, der von »Freunden und Gönnern der Jugend«, von den Gemeinden, Kreisen und ergänzungsweise vom Staate gespeist werde.

Als Aufgabe der Jugendpflege wird bezeichnet »die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsiebe erfüllten Jugend. Sie will

die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen. Die »Erziehung im vaterländischen Geiste«, die Beseitigung der »Entfremdung weiter Kreise von der Kirche« und die Wiedererschließung der »im Gottesdienste dargebotenen Quelle zur Erhebung des Gemüts und zur sittlichen Stärkung« für die Jugendlichen wird ferner noch als Zweck der Jugendpflege bezeichnet, der u. a. durch »Darstellungen des Heldentums auf den verschiedenen Gebieten, des Pflichtenheldentums einer in ihrem Berufe sich aufopfernden Krankenpflegerin nicht minder als des Heldentums des einfachen Soldaten oder des Generals, die ihre Treue mit dem Blute besiegen«, erreicht werden soll. Außerdem wird noch Kriegsgeschichte, die ihre »Jugend begeistern« Wirkung niemals verfehle, als Mittel zum Zweck besonders hervorgehoben.

Diese Kostproben mögen genügen, um zu zeigen, was mit dieser staatlichen Jugendfürsorge beabsichtigt ist. Hurratriotismus und Frömmelerei sollen der Arbeiterjugend wieder eingebläut werden. Dadurch hofft man sie der Arbeiterbewegung zu entziehen, die Wahrnehmung ihrer vitalsten Interessen zu verhindern und eine geduldige Generation von kriechenden und parierenden Knechtsnaturen heranzubilden, die dem Staate williges Kanonenfutter, der Kirche geduldige Schafe und dem Unternehmertum billige und gefügige Ausbeutungsobjekte liefert. Daher sehen wir diese drei Großmächte im Staate geschlossen gegen die eigene Organisationsbewegung der Arbeiterjugend zu Felde ziehen. Diese wird sich aber nicht so ohne weiteres einseifen und über den Löffel barbarieren lassen. Und was die Arbeiterschaft tun kann, um ihre Jugend diesen lähmenden und ungesunden Einflüssen zu entziehen, das wird unter allen Umständen auch geschehen. Das Proletariat wird dafür sorgen, daß die Saat des Hurratriotismus, der Frömmelerei und der Knechtlichkeit in seiner Jugend keinen fruchtbaren Boden findet.

## Rundschau.

**Der Verband deutscher Steindruckereibesitzer** hält seine diesjährige Generalversammlung am 26. Februar im Hotel Rautenkranz zu Eisenach ab. Und zwar tritt vormittags 9 1/2 Uhr seine Abteilung Schutzverband, vormittags 11 1/2 Uhr seine Abteilung Fachverband und nachmittags 1 1/2 Uhr die Gesamtorganisation zur ordentlichen Generalversammlung zusammen, um neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten vor allen Dingen über eine Revision der Satzung zu beraten und zu beschließen. Wie das »Deutsche Steindruckergewerbe« berichtet, setzte die Hannoverische Generalversammlung der Steindruckunternehmer Organisation eine Kommission zur Revision der Satzung ein, die bereits Ende November 1910 in Eisenach zusammentrat und über ihre Beschlüsse den Ausschüssen beider Abteilungen Bericht erstattete. Der Ausschuß des Schutzverbandes nahm bereits zu den Revisionsanträgen Stellung; der Fachverbandsausschuß wird es zwei Tage vor der Generalversammlung in Eisenach tun, worauf beide Ausschüsse noch zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten werden, bevor die Revisionsvorlage der Generalversammlung zur endgültigen Entscheidung vorgelegt wird. Prinzipielle Änderungen an den in Stuttgart beschlossenen Grundlagen der Organisation sollen nach dem Verbandsorgan nicht beabsichtigt sein.

**Die Gauleiter unseres Verbandes** scheinen dem Schutzverband schwer im Magen zu liegen. In der letzten Nummer seines Organs wird ein Brief veröffentlicht, den ein Steindruckereibesitzer an eine Firma geschrieben hat, aus Gram darüber, daß er nicht zum Lohnprücker werden durfte. Die Leidtragende ist die Firma H. O. Persiehl in Hamburg. Um die ganze Sache in das richtige Licht zu rücken, seien folgende uns zugegangene Mitteilungen wiedergegeben: »Gegen Ende des Jahres 1910 traten die Hamburger Kollegen in eine Bewegung ein. Neben anderen Forderungen wurde ein Mindestlohn von 33 Mk. für solche Gehilfen verlangt, die mindestens 3 Jahre ausgelernt haben. Die Hamburger Unternehmer haben diese Forderung fast ausnahmslos bewilligt, ohne daß es zu den geringsten Differenzen gekommen ist. Nur die Firma H. O. Persiehl glaubte hier eine Ausnahme machen zu müssen. Sie scheute sich nicht, dem Gauleiter gegenüber die Drucker als minderwertige Kräfte hinzustellen, denen man solchen Lohn nicht bezahlen könne. Hintern Rücken des Gauleiters sagte man den Druckern dann, der Gauleiter habe mit unwahren Behauptungen operiert; es sei gar nicht wahr, daß schon andere Unternehmer be-

willigt hätten. Wirklich eine schöne Moral! Kurze Zeit darauf war bei der Firma H. O. Persiehl eine Stelle zu besetzen. Die Firma engagierte einen Drucker vom Ort für 31,50 Mk., der sich aber, als er mit der Sachlage bekannt gemacht war, nicht als Lohnprücker gebrauchen ließ. Wir stehen nun einmal auf dem Standpunkt, daß wir uns vom Schutzverband keine Vorschriften machen lassen. Der Schutzverband war ja hier der Friedensstörer, der eine Festlegung der geforderten Mindestlöhne hintertrieben hat. Nachdem der Plan der Firma hier gescheitert war, wurde von Stettin der bewußte Briefschreiber engagiert. Daß unser Verlangen auch diesem Kollegen gegenüber vollaufberechtigt war, wird jeder, der die teuren Hamburger Verhältnisse kennt, ohne weiteres zugeben, zumal der Kollege in Stettin nach seinen eigenen Angaben bereits einen höheren Lohn bezog, wie ihn die Firma H. O. Persiehl geboten hatte. Daß die familiären Verhältnisse erst hinter dem rangieren, was im Interesse des Berufs und der Gesamtkollegenschaft unbedingt geboten ist, wird jeder einsichtige Kollege für ganz selbstverständlich halten. Und zu diesen unbedingten Notwendigkeiten gehört die Verhinderung jeder Lohnprückererei durch die strenge Beachtung der beanspruchten Mindestlöhne, die nicht von dem »forschen Gauleiter« diktiert wurden, sondern bei deren Geltendmachung dieser nur dem Auftrag der Kollegenschaft voll und ganz Rechnung trug.« — Ferner befäßt sich dieselbe Nummer des Deutschen Steindruckergewebes mit einem anderen Gauleiter unseres Verbandes, dem Kollegen Paul Leinen Dresden, in Verbindung mit dem Streik in Niedersiedlitz. Kollege Leinen schreibt uns zu dieser Anzuspitzung: »Der Artikel beweist zwar, daß sein Urheber keine blasse Ahnung von den Mitbestimmungs- und Mitbestimmungsrechten unserer Mitglieder hat, im übrigen ist aber seine Absicht sehr durchsichtig. Er stellt seine Einfälle und Vermutungen als fertige Tatsachen hin, und rechnet damit, daß ich mich in eine Preßpolemik mit ihm einlasse, um daraus Rückschlüsse in bezug auf die Niedersiedlitzer Vorgänge ziehen zu können. Damit hat er aber kein Glück; mag er weiter phantasiieren, ich verzichte auf die Katzbalgerei mit ihm.«

**Zum Streik bei Keppler in Aachen**, über den in Nr. 7 der »Gr. Pr.« berichtet wurde, geht uns noch aus dem entgegen gesetzten Ende des Reiches die Mitteilung zu, daß die genannte Firma nicht vor dem Versuch zurückschreckt, ausgerückte Lehrlinge als Streikbrecher zu gewinnen. Ein solcher Lehrling, der in einer Firma in Schlesien bereits 3 1/2 Jahre gelernt hatte, erhielt von der Firma Keppler in Aachen ein Telegramm mit der Mitteilung, daß er sofort eintreten könne; der Engagementsbrief folgte bald nach. Das Liebeswerben der Firma hatte allerdings keinen Erfolg, denn der junge Mann wußte bereits, was er seinen zukünftigen Kollegen und dem Beruf, in dem er einmal ein anständiges Fortkommen finden will, schuldig ist. Es bleibt also nur noch übrig, die Bemühungen der Firma an den Pranger zu stellen.

**Die Engagementsmißbrüche der Firma J. C. Berke & Co. in Frankfurt a. M.** wurden in dem Artikel »Eine angenehme Stellung« in Nr. 6 der »Gr. Pr.« ins rechte Licht gerückt. Daß die Firma nicht nur mit den Druckern, sondern auch mit den Angehörigen anderer Zweige des graphischen Gewerbes in der geschilderten Weise umzuspringen wagt, beweist eine Zuschrift eines Zeichners und Malers, aus der folgende Mitteilungen wiedergegeben seien: »Vor Jahresfrist kam ich bedauerlicherweise mit der betr. Firma in Verbindung, für die ich mehrere Entwürfe zeichnete, die einen Wert von — sehr schlecht gerechnet — 100 Mk. hatten. Der Firma Berke gefielen zwar die Entwürfe, nur konnte sie angeblich an irgend einen Fabrikleiter, mit dem sie durch meine Arbeiten Oeschäfte machen wollte, nicht heran, da dieser plötzlich geschäftlich ins Ausland gereist sei und erst in 8—10 Tagen zurückkehre. Meine mehrfachen Reklamationen wurden stets mit derselben Ausrede beantwortet. Inzwischen war mehr als ein halbes Jahr vergangen, als mir doch die Geduld riß und ich energisch die Herausgabe der Entwürfe verlangte. Da ich gleichzeitig Klage androhte, kam nach mehreren Tagen ein Brief mit der Mitteilung, daß der fragliche Direktor nun bald komme. Ich ließ mich jedoch darauf nicht mehr ein und erhielt dann endlich nach einiger Zeit die Entwürfe zurück. Nach Verlauf einiger weiterer Wochen schrieb mir dann die Firma, daß eine ähnliche Nachfrage bei ihr vorliege; sie sei bereit, mir den ganzen Schwung Entwürfe für — 10 Mk. (!) abzukufen. Gleichzeitig suchte sie mich für die Anfertigung einer Anzahl anderer Entwürfe, die ich auf mein Risiko machen sollte, zu gewinnen. Diesmal hat sie aber ihre feine Rechnung ohne den Wirt gemacht.« Es ist notwendig, daß die vornehmen Praktiken der noblen Firma tiefer gehängt werden, um die Kollegen aller Sparten, die mit der Firma in Verbindung treten möchten, vor Schaden zu bewahren.

**Geschäftsergebnisse.** Der Abschluß der Vereinigten Kunststudien Akt.-Ges. vorm. Otto Troitzsch in Berlin für das Geschäftsjahr 1910 weist nach Abschreibung von 125 600 M. (i. V. 119 300 M.) einen Ueberschuß von rund 179 000 M. (i. V. 197 000 M.) auf. Es soll eine Dividende von 13 Proz. (i. V. 15 Proz.) ausgeschüttet und ca. 8000 M. (i. V. ca. 5000 M.) auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Die Berliner Kunstanstalt Carl Ernst & Co. Akt.-Ges. schloß

auch ihr letztes Geschäftsjahr immer noch ungünstig ab, indem wiederum ein Verlust von 72 136,80 Mk. (i. V. 152 143,46 Mk.) entstanden ist. Indessen ist, wie die Verwaltung mittelt, insofern eine Besserung eingetreten, als die Berliner Zentrale verhältnismäßig gut gearbeitet hat, während der Verlust durch die Filialen in London und Wien entstanden ist.

**Ein Museum für Photographie und die Reproduktionstechniken** beabsichtigt die »Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Chemigraphie, Lichtdruck und Gravüre zu München« in einem großen Raum ihres neuen Anstaltgebäudes, das im Mai d. J. eröffnet wird, zu errichten. Dargestellt soll werden: 1. Die Erfindung der Photographie bis zur Trockenplatte. 2. Die Zeit von Erfindung der Trockenplatte bis 1900. 3. Die Neuzeit. 4. Die Entwicklung der Photographie bei künstlichem Licht. 5. Die Farbenphotographie. 6. Die Entwicklung der angewandten wissenschaftlichen Photographie (Röntgen-, Mikro-, Astro-, Meteorologische-, Ballon-, Gerichts-Photogrammetrie). 7. Die Reproduktionstechniken und ihre Entwicklung. 8. Die Entwicklung der Aufnahmeapparate. 9. Die Entwicklung der photographischen Optik. 10. Die Entwicklung der Kinematographie. 11. Die Entwicklung der Rotationsphotographie. 12. Verschiedenes. Dabei ist beabsichtigt, die Darstellung der Entwicklung der Photographie der Neuzeit und der Reproduktionstechniken nicht auf Deutschland allein zu erstrecken, sondern auch England und Amerika einzureihen. Seit Wochen sind Arbeiten eingeleitet, die den Plan schon ganz wesentlich gefördert haben; so weit nicht schon, wie von Professor Korn, wertvolles Material über die Entwicklungsgeschichte der Telephotographie, der Farbenphotographie u. a. vorliegt, haben sich eine ganze Reihe Persönlichkeiten bereit erklärt, den Plan zu fördern, Material zu beschaffen und beizustellen. Es ist wohl anzunehmen, daß es sich mit der Schaffung dieses Museums der Photographie und der Reproduktionstechniken um ein Unternehmen handelt, das jahrelange Arbeit zu seinem Ausbau erfordert; Herr Dr. von Philippsborn, zum Konservator der Sammlungen bestellt, wird sich allein diesen Arbeiten widmen. Der Direktor der Anstalt, Professor Emmerich, erbittet für die Durchführung des Planes die Mühlhilfe und Förderung der Fach- und Amateurwelt. Zuschriften richte man nach München, Martin Greifstraße Nr. 11.

**Der Verein photographischer Mitarbeiter Oesterreichs** hat sein bisheriges Organ, die »Wiener freie Photographenzitung«, in die »Photographische Presse« umgewandelt und auch in ein anderes Gewand gekleidet. Die bisher bewährte Redaktion bleibt auch dem neuen Organ erhalten. Weiter hat sich der Verein photographischer Mitarbeiter mit einem Gesuch an das Handelsministerium in Oesterreich gewandt, worin für unsern Beruf die Verordnung des Befähigungs-Nachweises verlangt wird. Obwohl die Verhältnisse in Oesterreich von den unsern grundverschieden sind, glauben wir doch nicht, daß die Behörden sich zu dieser Einschränkung des Berufes herbeilassen.

**Eine Tapeten Ausstellung** wird im April d. J. in Hamburg stattfinden. Ein Ausschuß von Interessenten hat von der Direktion der Hamburg-Amerika Linie ein an der Ferdinandstraße gelegenes Gebäude abgemietet, in dem die Ausstellung stattfinden soll. Die erforderlichen Arbeiten werden in aller nächster Zeit in Angriff genommen. Die Ausstellung wird voraussichtlich in vier Abteilungen gegliedert werden, und zwar 1. die Tapete in der Raumkunst, 2. die Tapete von ihrer Entstehung bis zur Vollendung, 3. die historische Entwicklung der Tapete, 4. künstlerische Entwürfe hamburgischen Ursprungs für Tapetenmuster. Die Geschäftsleitung der Ausstellung hat bereits Schritte unternommen, um die Aufstellung einer Tapetendruckmaschine zu ermöglichen.

**Der Buchdrucker tarif** läuft mit Ende d. J. ab. Die Buchdrucker rüsten sich daher, um Anträge für die Tarifrevision einzubringen. Am 12. Februar fand zu diesem Zwecke in Berlin eine von ca. 10 000 Buchdruckergehilfen besuchte Versammlung statt, in der die vom Gavouratende eingehend begründeten Anträge für die Tarifverhandlungen einstimmig angenommen wurden. Sie gipfeln in den Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden, Erhöhung des Minimums und der Grundpositionen um 15 Prozent, Beseitigung der Ueberstundenarbeit sowie Ausbau der Tariflageskala und des Arbeitsnachweises. Die Tarifräuser soll anstatt fünf Jahre nur drei Jahre betragen, auch soll für Abschaffung des Organisationsvertrages gesorgt werden. Es wird sich nun zeigen, ob die Prinzipale bei der Revision des Tarifes verständnisvoll genug sind, den gerechten Forderungen der Gehilfenschaft Rechnung zu tragen. Davon wird es abhängen, ob der seit Jahren herrschende Friedenszustand im Buchdruckergewerbe fernerhin erhalten bleibt.

**Die Bergarbeiterbewegung** wurde vorläufig vertagt. Am 11. Februar fand in Bochum eine von den drei zusammengehörenden Bergarbeiterverbänden einberufene Revierkonferenz der Schachtdelegierten statt, die mit 349 gegen 69 Stimmen eine Resolution annahm, worin mit Bedauern Kenntnis von der wenig entgegenkommenden Haltung der Unternehmer genommen und die verräterische Haltung der christlichen Gewerkevereinsleitung, die wir in der vorigen Nummer charakterisiert und die zweifellos die Haltung der Unternehmer mit veranlaßt hat, aufs schärfste verurteilt wird. Sodann bringt



die Resolution folgendes zum Ausdruck: »Die Konferenz hält nach wie vor die von den drei verbündeten Organisationen gestellten Forderungen aufrecht und erwartet von den Grubenbesitzern, daß sie dieselben erfüllen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige, durch die Maßnahmen der Gewerkevereinsleitung für die Arbeiter ungünstig gestaltete Situation beschließt die Konferenz, den Bergleuten zu empfehlen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, um zu sehen, ob die Werksbesitzer ihr Versprechen, die Löhne steigen zu lassen, einlösen werden. Die Konferenz erklärt aber, daß der Kampf nur als vertagt zu betrachten ist, wenn die Versprechungen, welche den Bergarbeitern seitens der Werksbesitzer gemacht worden sind, nicht erfüllt werden. Er soll in diesem Falle zu einer geeigneten Zeit mit aller Energie aufgenommen und nötigenfalls mit den äußersten Mitteln weiter geführt werden. Die Konferenz beauftragt die Vorstände, in diesem Sinne zu handeln.«

**Die gewerkschaftliche Heimarbeitersausstellung,** die in Verbindung mit der in diesem Jahre in Dresden stattfindenden internationalen Hygiene-Ausstellung stattfinden sollte, wurde hintertrieben. Es ist den sächsischen Industriellen — jedenfalls ohne damit besondere Schwierigkeiten überwinden zu müssen, — die Regierung zu Bedingungen für das Stattfinden der Heimarbeitersausstellung scharf zu machen, durch welche es den Gewerkschaften unmöglich wurde, diese Ausstellung zu arrangieren. Die Darstellung des Heimarbeiters ist den Unternehmern eine sehr unangenehme Sache, es war daher zu befürchten, daß sie durch die Fernhaltung der »tendenziös wirkenden« Ausstellungsgegenstände den Gewerkschaften die größten Schwierigkeiten bereiten würden. Unter diesen Umständen ist von den Zentralvorständen beschlossen worden, auf die Heimarbeitersausstellung zu verzichten und gleichzeitig jede Beteiligung an der internationalen Hygiene-Ausstellung nunmehr abzulehnen. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

#### Aus dem Auslande.

**Amerika. Streik und Stellenvermittlung** wurden im Staate Massachusetts durch ein Gesetz in vorbildliche Verbindung miteinander gebracht. Das am 25. April 1910 in Kraft getretene Gesetz schreibt vor, daß ein Arbeitgeber, der während des Bestehens eines Streiks oder einer Aussperrung auf dem Inseratenweg Ersatzkräfte für die streikenden oder ausgesperrten Arbeiter sucht, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 100 Dollar verpflichtet ist, in dem Inserat anzugeben, daß in seinem Betrieb ein Arbeitskonflikt besteht. Es wird also die bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Deutschland schon lange übliche Gewohnheit, die Stellensuchenden auf etwa vorhandene Differenzen in der eventuell zur Vermittlung stehenden Arbeitsstelle aufmerksam zu machen, auch auf den Anzeigenteil in den Zeitungen übertragen. Dadurch werden die Arbeitssuchenden vor Schaden bewahrt bzw. ihre Irreführung durch Verschleiерung des Tatbestandes wird vermieden.

**Belgien.** In Lüttich ist es zur **Aussperrung unserer Kollegen** gekommen, die mit den Buchdruckern gemeinsam die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit forderten. Die Buchdrucker traten zunächst allein in den Streik; aus sich aber in einer Firma Streikbrecher fanden, legten in dieser auch unsere Kollegen die Arbeit nieder. Daraufhin wurden alle anderen Lithographen und Steindruckern in Lüttich gekündigt, sodas im ganzen 44 Kollegen im Kampfe stehen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**England.** Die am 23. Januar ausgesprochenen **Kündigungen der Londoner Buchdrucker** lieten am 4. Februar ab und der Kampf ist dadurch auf der ganzen Linie erbnannt. Eine Anzahl Firmen haben es vorgezogen, ihre Leute schon vorher auszusperrn. Die Streikenden veröffentlichten an 4 Tagen in der Woche ein Miniatur-Tageblatt, um ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit über die Bewegung auf dem Laufenden zu erhalten. Bis jetzt sind, nach Angabe der Gewerkschaft, etwa 4000 Mann ausständig; die Unternehmer schätzen die Zahl der Ausständigen auf 8000 und erklären, daß demnächst 25000 Organisierte im ganzen Lande ausgesperrt wurden. Einsteilen können die Streikenden täglich über neue Erfolge berichten und eine große Anzahl bedeutender Firmen haben schon die Forderung auf sofortige Einführung der 50stündigen Arbeitswoche akzeptiert. Die Streikunterstützung beträgt 25 Mk. pro Mann und Woche; die fast einmütig beschlossenen Extrabeiträge von 5 Mk. wöchentlich (10 Mk. für in Zeitungs-geschäften Beschäftigte) genügen einsteilen zur Durchführung des Kampfes vollkommen. Die Buchbinder und Hilfsarbeiter haben sich der Bewegung der Buchdrucker angeschlossen.

**Finnland.** An dem **Tarifikampfe im Druckgewerbe Finnlands** sind ca. 150 Kollegen beteiligt. Wie die finnische Landeszentrale der Gewerkschaften und der internationale Typographenbund, so hat auch das internationale Sekretariat der Lithographen und Steindruckern die kämpfenden Arbeitern weitestgehende Unterstützung zugesagt und vorläufig 2000 Mk. nach Finnland gesandt. Die Zustimmung aller Landesverbände zu diesem Akt der Solidarität steht außer Frage. — Wie uns mitgeteilt wird, sind einige Agenten des finnischen Unternehmertums nach Deutschland gekommen, um Streikbrecher anzuwerben. Es wird erwartet, daß das Liebeswerben dieser Elemente in der deutschen Kollegenschaft ergebnislos bleibt.

**Frankreich.** Der zuerst zum Tode verurteilte und dann vom Präsidenten Fallières zu 7 Jahren Gefängnis begnadigte **Gewerkschaftssekretär Durand** wurde am 15. Februar aus der Haft entlassen. Der Beschluß der Kommission, der die Revision des ganzen Prozesses durch den Kassationshof anordnet, war bereits am Abend vorher gefaßt, aber geheimgehalten worden, damit zunächst der Präsident der Republik informiert werden konnte. Die Kommission ist zu ihrer Ansicht auf Grund der Beweisführung Durands gekommen, die durch einige neue Tatsachen gestützt wurde. Durand war schon am Morgen benachrichtigt und telegraphierte seinen Freunden nach Havre. Die erwarteten Kundgebungen vor dem Gefängnis in Rouen haben nicht stattgefunden. Aber bei seiner Ankunft in Havre wurde Durand von zahlreichen Arbeitern enthusiastisch begrüßt.

**Oesterreich. Der Tarifikampf unserer Kollegen in Böhmen** nimmt seinen unveränderten Fortgang. Leider haben sich einige Streikbrecher gefunden, die jedoch den allgemeinen Ausgang des Kampfes nicht hindern. Die Streikenden selbst halten wie bisher tapfer aus und die Lage der Unternehmer wird immer kritischer, so daß das baldige Ende des Kampfes zu erwarten steht. Es befinden sich nahezu 700 Kollegen nunmehr 10 Wochen im Streik, so daß mit den früheren Streiks, die in Böhmen voraus gingen, bereits nahezu 150000 Kronen an Streikunterstützung verausgabt wurden. Der österreichische Senefelderbund erhebt neben seinem regelmäßigen Beitrag noch über eine Krone Extrabeitrag, zu zusammen über 2 1/2 Kronen wöchentlich. Er kann also einen größeren Kampf aushalten. Bei seinem ausgedehnten Unterstützungswesen stehen ihm außerdem große Reserven zur Verfügung. In Anbetracht dieses Kampfes, der für die Kollegen aller Länder von prinzipieller Bedeutung ist, hat das internationale Sekretariat von jetzt ab eine wöchentliche Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied ausgeschrieben. In Deutschland wird diese Steuer nicht von jedem einzelnen Mitgliede erhoben, sondern aus der Verbandskasse bezahlt, aus der den kämpfenden böhmischen Kollegen sofort 10000 Mk. übermittelt wurden.

**Rumänien.** Aus Galatz in der wilden Walachei geht uns ein Brief von einem deutschen Kollegen zu, der dringend vor der Firma **Roman, Popovici & Co.** warnt. Die Geschäftsführung und die Behandlung des Personals sei derartig schmachvoll, daß man sich in die Zeiten der Sklaverei versetzt glaube. Wer trotzdem eine Reise nach Rumänien wagen will, soll nicht unter 100 Franks Wochenlohn vereinbaren, da die rumänische Lebensweise für Deutsche unerträglich ist und diese alles außerordentlich teuer bezahlen müssen.

## Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 18. Februar 1911.

Optimistische Stimmung. Amerika und der Stahlstr. Diskontherabsetzung in England und Deutschland. Warnungen vor zu starker Inanspruchnahme des Leihkapitalmarktes. Syndikats-erneuerungen: Stabeisen; Kohlen. Deutschlands Roheisenproduktion.

Es waren vorwiegend aufmunternde Erfahrungen, die das Kapital in den letzten Wochen gemacht hat; die optimistische Stimmung, die schon bei der Jahreswende im allgemeinen zum Ausdruck kam, ist daher zusehends im Wachsen.

Zunächst ließ die Beunruhigung wegen Amerika sichtlich nach. Der Stahlstr. hatte dort bereits Ende November 1910 eine so niedrige Ziffer des Auftragsbestandes (2,76 Mill. Tonnen) erreicht, wie nie zuvor. Das Ende des Dezember war jedoch noch schlimmer (2,67 Tonnen). Nunmehr scheint aber der Umschwung gekommen. Die Eisenbahnen, die Träger des größten und konzentriertesten Bedarfes, sind wieder zu umfassenderen Bestellungen übergegangen. Der Stahlstr. ließ verkünden, daß weitere Preismäßigungen ausgeschlossen seien. Dann folgte sogar eine Erhöhung der Preise für Drahtprodukte um einen Dollar. Das ist einmal für den Stahlstr. von großer finanzieller Bedeutung, weil die Steel and Wire (Stahl- und Draht-) Company, die etwa 80 Proz. der gesamten amerikanischen Drahterzeugnisse in sich verkörpert, dem Stahlstrattenkönig einverleibt ist und ziemlich ein Drittel zu dessen Gesamtergebnis beisteuert. Es wirkt jedoch auch auf weitere Kreise günstig; die bei sinkenden Preisen naturgemäß immer wieder verschobenen Bedarfsdeckungen geraten nunmehr erst in Fuß; der drohende Export nach Amerika hing gleichfalls von weiter sinkenden Preisen ab, während mit höheren amerikanischen Preisen diese, unseren europäischen Unternehmern peinliche Wolke sich wieder verzieht.

Vertrauenerweckende Nachrichten kamen weiter aus England, wo die Bank von England auch dadurch zur Stimmungsverbesserung beigetragen hat, daß sie am 26. Januar den Diskont von 4 1/2 auf 4 Proz. herabsetzte. Am 6. Februar ist auch die Deutsche Reichsbank mit einer Diskontherabsetzung von 5 auf 4 1/2 Proz. gefolgt. Weitere Ermäßigungen um 1/2 Proz. werden dieser Tage sowohl von der Deutschen Reichsbank als auch von der Bank von England erwartet, so daß alsdann London einen offiziellen Banksatz von 3 1/2 Proz., Berlin einen solchen von 4 Proz. haben würde. So wohl im gegenseitigen Abstand wie in der absoluten Höhe waren das für die ersten Jahresmonate ein durchaus normales Verhältnis.

Immerhin werden viele Mahnungen zur Vorsicht und Zurückhaltung laut, damit sich bis zum Herbst und Jahresschluß keine allzu starke Anspannung des Leihkapitalmarktes vollzieht. Schon im vorigen Herbst richtete der Reichsbankpräsident Havenstein warnende Worte an die Öffentlichkeit und das Anziehen der Diskontschraube bis auf 5 Proz. am 26. September war als vorbeugende Maßnahme gegen eine allzu zügellose Ausbreitung der Börsenspekulation wesentlich mitgedacht. Im Augenblick richtet sich die Sorge mehr gegen die übermäßige Einführung neuer, naturgemäß in erster Linie fremdländischer Werte an die Börse, da alle Zeichen auf weiteren produktiven und kommerziellen Aufschwung und damit auf stark wachsenden heimischen Leihkapitalbedarf deuten. Man begrüßt es als große Erleichterung, daß bis jetzt von den üblichen großen Anleiheemissionen des Reiches und Preußens nicht die Rede ist, während im Februar des Vorjahres 340 Millionen 4proz. Reichsanleihe und 140 Millionen Mark 4proz. neue preußische Konsols, zu 102 Proz., zur Zeichnung aufgelegt wurden. Daher ist es auch erklärlich, daß so überraschend viele Handelsblätter den Grundgedanken der konservativen Interpellation über die ausländischen Anleihen billigten und daß sie nur — worüber sich zweifellos reden läßt — von einem »Eingreifen der Regierung« nichts wissen wollten. Eine Reihe von Aktiengesellschaften stehen seit langem auf dem Sprunge, ihr Kapital zu erhöhen oder neue Obligationen auszugeben. In der letzten Woche allein wurden die Emissionen von 75 Mill. Mark 4proz. neuer Hamburger Anleihe und 50 Mill. Mark neuer bayerischer Anleihe angekündigt; eine Bremer Anleihe von 40 Mill. Mark und eine oldenburgische Staatsanleihe von 6 1/2 Mill. Mark stehen nach den Zeitungsmeldungen gleichfalls für die nächste Zeit bevor. Es ist also begreiflich, daß ein beträchtlicher Teil des Groß- und Finanzkapitals selber die Neueinführung von exotischen Werten zum mindesten bis auf passendere Zeit vertagt sehen will.

Eine große Rolle dürften in nächster Zeit die Kämpfe um verschiedene Syndikats-erneuerungen spielen.

Eine Einigung über die Verlängerung der Stabeisenkonvention hoffte man schon am 7. Februar zu erzielen; aber die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, der man zum mindesten große Gleichgültigkeit in dieser Frage zuschreibt, war in der, schließlich erfolglos gebliebenen Sitzung überhaupt nicht vertreten, so daß am 22. Februar eine neue Beratung stattfinden soll. Deren Ergebnis ist aber wieder auf das engste mit dem Schicksal des Stahlwerksverbandes verknüpft, das Mitte nächsten Jahres entschieden werden muß.

Für das Kohlenyndikat läuft der bestehende Vertrag erst Ende 1915 ab, aber allseits scheint man bis Ende 1912 eine Neuorganisation zustande bringen zu wollen. Eine seltsame Rolle spielt dabei Hugo Stinnes, der offenbar darauf ausgeht, für den Fall der Auflösung des Kohlenyndikats durch eine eigene große Handelsorganisation allen anderen großen Bergwerksbesitzern überlegen zu sein. »Es gibt jetzt«, schreibt die »Berliner Morgenpost«, »keinen bedeutenden Platz mehr, wo Stinnes nicht eine Firma hat, bei der er maßgebend beteiligt ist. Er salviert sich damit auch für den Fall der Auflösung des Kohlenyndikates... Alle anderen Zechen sind so an das Syndikat gewöhnt, daß sie sich kaum einen freien Verkauf vorstellen können.« Dabei betreibt Herr Stinnes aber stark den Verkauf englischer Kohlen, weil, wie er erklärt, dies sonst anderer an seiner Stelle tun würden. Auf diesen gefährlichen und mächtigen Eigenbröder blickt man deshalb mit mehr Besorgnis, wie auf die Außenseiter, deren Förderung zur ständig zunimmt, die aber meist Schwierigkeiten beim Absatze über ihr erstes engeres Wirkungsgebiet hinaus empfinden sollen; nur die nordöstlichen Gruben im Ruhrbezirk sollen sich infolge ihrer Lage mancher Frachtvorsprünge nach Hamburg und dem Osten erretten. Vom Fiskus erwartet man vollends keine schweren Hindernisse; sowohl der Düsseldorfer Regierungspräsident wie der in die Rheinprovinz versetzte Herr v. Rheinbaben haben sich überaus entgegenkommend geäußert und schlimmsten Falles hofft man durch Nachgiebigkeit in der seinerzeit durch den Handelsminister Möller verfahrenen Hiberniaangelegenheit die Regierung günstiger zu stimmen. Es bliebe dann allerdings noch immer der Hauptgegensatz, nämlich der zwischen den Interessen der reinen und der gemischten Zechen.

Deutschlands Roheisenproduktion hatte im Januar 1911 einen neuen Rekord aufzuweisen. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug nämlich die Roheisenherzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Januar 1911 insgesamt 1320685 Tonnen gegen 1307084 Tonnen im Dezember 1910 und 1177574 Tonnen im Januar 1910. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt (in Klammern die Erzeugung für 1910): Gießereiroheisen 272114 (228827) Tonnen, Bessemerroheisen 29031 (37859) Tonnen, Thomasroheisen 819397 (749649) Tonnen, Stahl und Spiegeleisen 144775 (105772) Tonnen, Puddelroheisen 55368 (55467) Tonnen. Die bisher höchste Monatsziffer der Gesamtproduktion (Dezember 1910) wurde um 12 Proz. überholt.

Nach Max Schipps »Wirtschaftl. Rundschau«.



## Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.

II.

Bei dem gewerkschaftlichen Kampfe kommen heute die schwierigsten Probleme für den praktischen Nationalökonom in Betracht. Krätzig hat dies erst unlängst in ausgezeichneter, wenn auch eingeständenermaßen durchaus nicht erschöpfender Weise in der „Neuen Zeit“ (Nr. 11 vom 16. Dez. 1910) dargelegt. Wenn die Organisation der Textilarbeiter es für notwendig findet, ihrem Hauptvorstand einen sachverständigen Observator über die Konjunktur einzugliedern, so erklärt die Verbandsleitung selbst, daß sie sich die Beurteilung der Konjunktur nicht zutraut. Aber jeder Vorsitzende einer Ortsgruppe, jedes Mitglied jeder Versammlung soll diese überaus komplizierten Erscheinungen, über die die geschultesten Nationalökonom und berufsmäßigen journalistischen Beobachter des Marktes vielfach uneinig sind, besser beurteilen als die sich speziell mit dieser Aufgabe befassenden Personen. Ich bin überzeugt, daß die Leitung der Gewerkschaften noch manche andere Veränderung durchmachen wird. Wir werden auch zu technischen Sachverständigen, zu Verfolgern der neuen Erfindungen, des technologischen Fortschritts, zu Ueberprüfern des Kalkulationswesens in den Fabriken kommen. Neben den administrativen, diplomatischen, agitatorischen, organisatorischen Sachverständigen in den Hauptvorständen, neben den speziellen Sachverständigen für das Kassen- und Unterstützungs-wesen, neben den Referenten über die Streiks werden eben andere durch besondere Fähigkeiten ausgezeichnete Sachverständige, also Ökonomen, Technologen, Statistiker — es können dies natürlich immer Berufsgenossen sein — den Vorstand bilden, so daß er zu einem in jeder einzelnen Person vom Vertrauen der Mitglieder notwendigerweise getragenen Kollegium von Sachverständigen werden muß. Wir sehen die Gewerbeinspektionen zu Kollegialbehörden werden, in denen alle einzelnen Fähigkeiten und Kenntnisse von besonderen Sachverständigen vertreten sind, so dürfte es auch, ob man will oder nicht, in den leitenden Körperschaften der Gewerkschaften werden. Das beweist aber, daß diese leitenden Körperschaften Aufgaben aufgebürdet erhalten, denen heute der einzelne Vertrauensmann nicht ganz gewachsen sein kann, die sich, so bedauerlich das ist, der Entscheidung wenig geschulter, nicht spezialisierter Personen entziehen.

Sicherlich wird heute und künftig niemand an die Unfehlbarkeit der Beamten glauben, sicherlich soll auch in keiner Weise der Kritik an den Beamten und der Diskussion der Mitglieder über die Leitung des Verbandes irgendwie Eintrag geschehen. Aber es soll hierbei das Wesen des gewerkschaftlichen Kampfes nie außer Auge gelassen werden. Die Diskussion kann nicht Selbstzweck sein, die Diskussion in der Gewerkschaft wird man oft anders beurteilen müssen wie die Diskussion in der Partei. Hier sei gleich eingefügt, was ich mir schon des öfteren auszuführen erlaubte, daß die Anwendung politischer Theorien, Methoden und Taktik auf die Gewerkschaften ebenso verfehlt ist wie der Wahn, eine sozialdemokratische Partei nach gewerkschaftlichen Methoden, Taktik und Prinzipien entwickeln zu lassen. Gerade bei der Diskussion tritt uns diese Unmöglichkeit derartiger Übertragungen am klarsten vor Augen. Die Diskussion in der Partei vermag weit seltener, als fürchtensame Genossen meinen, die Kampfesform und die Erfolgsaussichten in Frage zu stellen. Die Diskussion in den Gewerkschaften muß immer die Kampfesituation der Gewerkschaften mitberücksichtigen. Die Gewerkschaftsbewegung steht in der Regel in Kämpfen durchaus anderer Art wie die politische Partei. Die gewerkschaftliche Diskussion kann die Aussichten eines Kampfes durch Enthüllung der Absichten der Gewerkschaften auf das höchste gefährden. Es steht durchaus nichts im Wege, daß über allgemeine gewerkschaftliche Fragen und über abgeschlossene Bewegungen auch lebhaft in den Gewerkschaften diskutiert wird. Man kann über die Lehrlingskassa, über die Frage, ob Staffelleistungen oder Einheitsbeiträge, über Verbot von Ueberstunden und über die Methoden, sie einzuzwingen, über die Möglichkeit, die Akkordarbeit zu begrenzen, diskutieren, man wird aber während eines drohenden Angriffs des Unternehmers über die Taktik während dieses Kampfes über die Möglichkeiten, über die Schwierigkeiten, sich des Unternehmers zu erwehren, in der Regel in der Öffentlichkeit nicht diskutieren dürfen. Die Bedeutung der Kriegszeit für die Diskussion, die Verwechslung von Diskussionsfreiheit und Diskussionsunmöglichkeit in bestimmten Lagen muß den Mitgliedern und auch ihren Beratern klargelegt werden.

Viel Tinte wurde in letzter Zeit verschüttet über die Frage, ob das Mißtrauen den gewerkschaftlichen Führern gegenüber ununterbrochen wirken solle. Sicher ist in den Satz mehr hineingelegt worden, als beabsichtigt war, keinem Zweifel kann es unterliegen, daß das Vertrauen zum selbstgewählten und doch glücklicherweise vielfach erprobten Führer niemals notwendiger ist als in der Zeit des Kampfes. Führen wir die Kämpfe als geschlossene Kollektivitäten, müssen wir mit den unangenehmen Tatsachen rechnen, daß wir nur zu oft von Feinden umgeben sind, dann müssen wir uns auch die Ein-

heitlichkeit des Kampfes sichern, die eben, so bedauerlich es auch sein mag, oft in Widerspruch kommen konnte mit der Berücksichtigung jeder einzelnen Meinung. Wir dürfen niemals zu unseren Urteilen gelangen, lediglich die Folgerungen ziehend aus den Wünschen, Gefühlen und Bedürfnissen von uns und unseren Klassengenossen allein, wir dürfen niemals vergessen, daß wir in einer uns feindlichen wirtschaftlichen Ordnung stehen, daß nur zu oft für Organisation und Kampfesart der Organisationen gilt, daß sie vor allem bestimmt werden durch unsere Klassengegenner, ihre Fortschritte, Organisationsformen, Kampfmethoden, Absichten und Zwecke. Immer deutlicher tritt der einheitliche, mächtige, geschlossene Wille des Unternehmertums als herrschende, überragende, Regierung und Verwaltung beeinflussende Macht gegen die Arbeiter auf. Ihr müssen wir einheitliche und geschlossene Formen des Machtausdruckes des Proletariats entgegenstellen.

Wir kennen alle die Mängel des parlamentarischen Systems, sie sind den meisten von uns über alle Maßen unsympathisch, aber wir müssen mit ihm rechnen, wir können es nicht entbehren, wir benötigen es zum Machtausdruck des Proletariats, ja wir müssen uns selbst innerhalb unserer Partei dieses Systems bedienen. Wir vermögen in der Partei nicht die Urabstimmung zur Grundlage aller, selbst nicht seltener Entscheidungen zu machen. Je größer die Partei wurde, desto seltener wurde die Forderung nach der Urabstimmung. Aber ebenso unzulässig ist sie bei den großen Gewerkschaften mit Hunderttausenden von Mitgliedern. Wohl kann man über die theoretische Zulässigkeit eines Reichstags, über Höhe und Form von Mitgliederbeiträgen und dergleichen abstimmen, obgleich auch das weit seltener gewünscht wird, als man theoretisch anzunehmen scheint. Aber über die Stellung zur Aussperrung, über die Art, sie zu vermeiden, wird man kaum die Urabstimmung als die beste Form der Kampfvorbereitung oder der Kampfesverhütung betrachten. Der Gegner macht alles im geheimen, immer sollten wir ihm alles vorher auf das eingehendste darlegen? Die Regierungsformen des Kantons Appenzell-Innerrhodens sind für die Vereinigten Staaten von Amerika schwer durchzuführen. Dabei können aber Formen und Methoden der ausgebauteiten Demokratie trotzdem Forderungen der Arbeiterklasse für ihre Selbstregierung sein. Aber diese Formen können vom Proletariat nicht mit aller Konsequenz erstrebt werden, solange es im heißesten Klassenkampf steht. Wir streben den Kommunismus an, wir halten aber die kommunistische Kolonie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für eine bedenkliche Utopie. Das taktisch Notwendige spielt naturgemäß im gewerkschaftlichen Kampfe eine weit höhere Rolle als in den Auseinandersetzungen auf politischem Gebiet. Kann das Spielen mit offenen Karten der Sozialdemokratie Macht, Ansehen und Kraft steigern, so erschwert es nur zu oft, so sehr es uns auch widerstreben mag das auszudrücken, den gewerkschaftlichen Kampf und seine Aussichten.

Die Gewerkschaften stehen heute in einer Periode des Ueberganges mit allen ihren Mängeln und Unstimmigkeiten. Gewaltig haben sich die Möglichkeiten gewerkschaftlichen Erfolges eingengt, erheblich haben sich die Schwierigkeiten gewerkschaftlichen Kampfes gesteigert, ins Unermeßliche sind gestiegen die Verantwortlichkeiten jeder Entscheidung im gewerkschaftlichen Kampfe. Die Kompliziertheit der Verhältnisse erfordert Abwägung zahlreicher Momente, bevor man nur über die Kampfesmöglichkeiten ins klare kommen kann; daß man so zu Erwägungen gelangen muß, die als bürokratisch und diplomatisch oft verschrien werden, schmerzt auch so manchen „Gewerkschaftsburekraten-“ und „Gewerkschaftsdiplomaten“, aber er vermag seine Verantwortlichkeit nicht zu mindern, indem er sie den Massen überwälzt, weil das im Widerspruch stände mit seinen Aufgaben und Pflichten und nur zu oft mit den Möglichkeiten.

Man hat daran gedacht, einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden, indem man ein Parlament neben das Gewerkschaftsministerium setzt, aber bald würden diese Gewerkschaftsparlamentarier den Vorwurf hören, daß sie den Massen entfremdet sind, daß sie sich bürokratisiert haben. Außerdem würde eine derartige Einrichtung viel zu teuer kommen, und sie wäre auch im Interesse dieser Parlamentarier nicht zu wünschen. Den Versuch eines Surrogats für dieses Parlament hat man gemacht, indem manche Gewerkschaftsvorstände die Gauvorsteher, oft auch den Ausschuß, hier und da auch lokale und Branchenbeamte, alle in der Regel gewählte Amtsträger, zu regelmäßig wiederkehrenden Sitzungen zusammenriefen, damit sie als Beiräte der Hauptvorstände wirkten, damit sie über die Pläne, über die Taktik, über Kampfesabsichten und Kampfesmöglichkeiten ihr Urteil abgeben. Derartige Einrichtungen, Einengungen der Macht der Hauptvorstände, wurden getroffen, ohne daß hierüber in den Statuten etwas vorgeschrieben war. An Stelle der Wahl der Delegierten zu Generalversammlungen, auch der lokalen Vorstände und Beamten in Versammlungen ist die viel gerechtere und demokratischere, die Meinung aller einzelnen zum Ausdruck bringende Methode der Wahl mit Stimmzetteln getreten. Auch sonst treten demokratische Tendenzen in den Gewerkschaften in Erscheinung, von denen die Kritiker der Bürokratie sich oft

ausschweigen. Ja es treten scheidendemokratische, aber als rein demokratische Erscheinungen betrachtete Methoden auf, die durchaus zu verwerfen sind. Wenn sich die Generalversammlung eines Verbandes ein Streikreglement gegeben hat, wenn es aber von Mitgliedschaften nicht beachtet wird und dies die Hauptvorstände dulden, weil sie sich vor vollendete Tatsachen gestellt sehen, so ist das eine durchaus unbegründete, nur zu oft schädliche, nicht selten verhängnisvolle Autonomie von Zweigvereinen, die von manchen Kritikern der Gewerkschaften als die wahre Demokratie betrachtet wird, die ich aber als eine verhängnisvolle Schwäche der gewerkschaftlichen Hauptvorstände sehr tadelnswert finde. Es werden selbst in Deutschland, von Oesterreich ganz zu schweigen, zahlreiche Streiks in Nachgiebigkeit gegenüber der lokalen Demokratie bewilligt, deren Aussichtslosigkeit den Hauptvorständen zweifellos bekannt ist. Gerade an diesen Beispielen zeigt sich nur zu deutlich die Notwendigkeit des Zurücktretens der kleinen Gruppe hinter das Interesse der Gesamtheit, die finanziell und moralisch in ihrer Kampffähigkeit und in ihrer Autorität geschädigt und gemindert wird durch die Inangriffnahme aussichtsloser und mit Opfern verbundener Kämpfe, die mit mathematischer Bestimmtheit mit Niederlagen enden müssen. Die Gewerkschaften sind noch lange nicht entsprechend den nicht überholten Beschüssen der Generalversammlungen verwaltet, es herrscht noch immer eine weitgehende Nachgiebigkeit gegenüber einzelnen Gruppen in den gewerkschaftlichen Verwaltungen. Hieraus erkennt man, wie schwer es ist, Maßstäbe von allgemeiner Gültigkeit bei den so verschiedenen wirtschaftlichen Bedingungen innerhalb der Mitgliedschaften einer großen Organisation zu finden. Oft erscheint dem Fernstehenden fremd und unnötig, was dem Eingeweihten notwendig dünkt. Vieles bleibt unklar, auch im gewerkschaftlichen Leben, weil es nun einmal in der Öffentlichkeit nicht klargemacht werden kann, weil wir eben innerhalb der kapitalistischen und gesellschaftlichen Ordnung stehen, die uns nicht die volle Freiheit der Auseinandersetzung gewährt.

Diese Mannigfaltigkeit der Bedingungen und der Schwierigkeiten zeigt uns, daß die Gewerkschaften nach den neuen Formen und Gestaltungen ringen und weiter ringen müssen, daß viele Fehler in derartigen Uebergangzeiten unvermeidlich sind und daß noch häufiger als diese Fehler die Tatsache ist, daß vieles im Leben und im Wirken der Gewerkschaft unverständlich bleibt, wenn es nicht mit gewerkschaftlichen Maßstäben gemessen wird. Die Fehler können bei den Führern liegen, sie können aber auch bei den Massen liegen. Gerade unter diesen Verhältnissen ist freundschaftliches Vertrauen auf beiden Seiten nötiger denn je. Dieses Vertrauen soll aber nicht Kontrolllosigkeit bedeuten. Wir müssen im Interesse aller, der Führer wie der Massen, der alten Tradition wie der Notwendigkeit neuer Formen, die demokratische Kontrolle und Mitwirkung hochhalten. Das Verantwortlichkeitsgefühl bewährter und verdienter Vertrauensmänner soll getragen werden von dem Vertrauen der Massen, es soll sich auch stets bewußt sein der Notwendigkeit ihrer Kontrolle. Bei allen Erwägungen des proletarischen Kampfes im allgemeinen, des gewerkschaftlichen im besonderen müssen wir uns bewußt sein, daß wir unsere Kämpfe gegen den Feind, unsere Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen innerhalb einer Welt von Feinden zu führen haben.

Freilich, die lösende Formel, die aus all diesen Schwierigkeiten einen Ausweg findet, die die Aktionsfähigkeit und Verantwortlichkeit der Führer, die Einwirkung der Massen auf die Taktik der Gewerkschaften sichert, ist noch nicht gefunden, sie ist schwer zu finden. Auf sturmbewegter See wird der Physiker kaum erfolgreich Pendelversuche veranstalten können. Umdraut von den Gefahren der Massenaussperrung, umlauert von Gegnern, die jede Schwäche unserer gewerkschaftlichen Organisationen ausnutzen wollen, auf schwankendem Kampffeld wird es schwer sein, Gesetz und Verfassung der Gewerkschaften einerseits den tatsächlichen Bedürfnissen des Kampfes, andererseits den berechtigten Wünschen der Massen durchaus anzupassen. Leicht entstehen unter diesen Verhältnissen Mißverständnisse, leicht ergibt sich Mißmut und Mißtrauen, nur zu leicht gelangt da die Diskussion in einen Kreis von Formeln, aus denen der Praktiker keinen Nutzen ziehen kann, und die den Theoretiker oft zu weltfremder Lösung verführen.

Gewerkschaftliche Verfassungsfragen haben wir diese Ausführungen genannt. Wir wußten, daß wir nur Fragen aufwerfen, daß wir keine Lösungen bieten können. Aber es ist auch ein wissenschaftlich wie politisch bedeutungsvolles Ergebnis, zu wissen, wie schwer eine Lösung ist, wie kompliziert ein Problem ist. Man wird nachsichtig, wenn man das erkannt hat, man wird nüchtern und kühl seine eigene Kritik zügeln, man hütet sich dann vor Mißverständnissen. Gerade weil wir das Zusammenwirken der Massen und der leitenden Personen für notwendig halten, glauben wir, daß auch die Erkenntnis der Schwierigkeiten des Problems von Nutzen für unsere Bewegung ist. Adolf Braun.



## Aus der Reichsversicherungs-Kommission.

VI. (Neue Folge.)

Die Kommission erledigte in der vorigen Woche das 6. Buch des Entwurfs, das deshalb für die Arbeiterschaft eine sehr große Bedeutung hat, weil das Verfahren in Unfallsachen wesentlich und zum Schaden der Arbeiter geändert werden sollte. Für die Regierungen und die bürgerlichen Parteien kann ganz besonders in Betracht — woran noch einmal erinnert werden möge — daß das Reichsversicherungsamt in Unfallversicherungssachen überlastet sei und deshalb eine Verminderung der Klagen vor dem Reichsversicherungsamt unbedingt herbeigeführt werden müßte. Die Sozialdemokraten dagegen waren zwar an sich diesen Bestrebungen nicht abgeneigt, legten aber das entscheidende Gewicht darauf, daß das Rechtsverfahren für die Arbeiter im ganzen nicht verschlechtert, sondern verbessert werden müßte. Nach den Beschlüssen der Kommission soll die Berufsgenossenschaft einem verunglückten Arbeiter zunächst einen Vorbescheid zu stellen und darin dem Berechtigten mitteilen, ob und welche Rente sie ihm gewähren will. Dem Berechtigten steht das Recht zu, gegen diesen Vorbescheid innerhalb eines Monats Einspruch zu erheben. Die Berufsgenossenschaft kann dann entscheiden, ob sie den Einspruch des Berechtigten in ihrem eigenen Bureau entgegennimmt oder die persönliche Vernehmung des Berechtigten vor dem Versicherungsamt seines Wohnortes verfügt. Jedoch kann der Berechtigte verlangen, daß er vor dem Versicherungsamt gehört wird und dann muß dem Folge geleistet werden. Die Sozialdemokraten forderten hier, daß unter allen Umständen der Berechtigte vor dem Versicherungsamt gehört werde, weil hier eine sachgemäße Behandlung seiner Eindrücke zu erwarten sei. Dies wurde jedoch abgelehnt. Ferner verlangten die Sozialdemokraten, daß das Reichsversicherungsamt unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Arbeiter und der Arbeitgeber den Einspruch des Berechtigten entgegennähme. Aber auch dies lehnten die anderen Parteien ab, so daß die Sache von dem Vorsitzenden des Versicherungsamtes allein erledigt werden wird.

Das Versicherungsamt hat alle Beweise, wofür sie nicht mit gar zu großen Kosten verbunden sind, zu erheben, die der Berechtigte geltend macht. Ganz besonders kommen hier die ärztlichen Gutachten in Betracht. Erfreulicherweise wurden für diese Instanz die Beschlüsse der ersten Lesung unverändert übernommen, so daß dem Berechtigten unter allen Umständen die Einholung eines Gutachtens von dem Arzte gesichert ist, den er als Gutachter wünscht; freilich hat der Berechtigte unter gewissen Umständen die Kosten dieses Gutachtens zu bezahlen.

Wenn die Beweise vom Versicherungsamt beigebracht worden sind, so geht die Sache an die Berufsgenossenschaft zurück und diese erläßt einen endgültigen Bescheid.

Nach Ablauf der ersten zwei Jahre seit dem Unfall wird eine sogenannte »Dauerrente« festgelegt, die aber tatsächlich keine Dauerrente ist. Denn sie wird nicht für die ganze weitere Zeit dem Verletzten bewilligt, sondern die Berufsgenossenschaft hat das Recht, jedesmal nach Ablauf eines Jahres die Rente neu festzusetzen, wenn sich die für die Höhe der Rente maßgebenden Umstände geändert haben. Für die Neufestsetzung der »Dauerrente« ist aber vorgeschrieben, daß der Einspruch des Berechtigten gegen den Vorbescheid unter allen Umständen vor dem Versicherungsamt und zwar unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Arbeiter und der Arbeitgeber stattfindet. Außerdem hat in diesen Fällen das Versicherungsamt ein Gutachten abzugeben.

Gegen den Endbescheid steht dem Berechtigten der Einspruch an das Obergesetzungsamt zu. Das Obergesetzungsamt soll wiederum die Beweise erheben, die der Berechtigte zur Rechtfertigung seines Einspruches geltend macht. Leider gelang es hier den Sozialdemokraten nicht, für die Einholung der ärztlichen Gutachten dieselbe Bestimmung durchzusetzen, wie sie in dem Einspruchsverfahren vor dem Versicherungsamt erreicht worden ist. Fordert der Berechtigte ein weiteres Gutachten von einem von ihm benannten Arzte, so kann zwar das Obergesetzungsamt das unter der Bedingung einholen, daß der Berechtigte die Kosten trägt, jedoch hat das Obergesetzungsamt auch das Recht, den Antrag des Berechtigten auf Einholung des Gutachtens abzulehnen. Das ist eine sehr bedauerliche Lücke. Die Regierungen sowohl wie die Vertreter der Mehrheitsparteien sprachen allerdings die Hoffnung aus, daß in der Regel das Obergesetzungsamt das gewünschte Gutachten einholen werde, wenn der Berechtigte die Kosten vorlegt; es fragt sich aber, ob diese Hoffnung in Erfüllung geht. Aufgabe der Arbeiterpresse und der Gewerkschaften wird es sein, darüber zu wachen, daß die Anträge der Berechtigten auf Einholung eines ärztlichen Gutachtens nicht ohne zwingenden Grund abgelehnt werden.

Gegen die Entscheidungen der Obergesetzungsämter soll nicht mehr in allen Fällen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt gestattet sein, während bekanntlich nach dem geltenden Recht der Berechtigte gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte

das Reichsversicherungsamt anrufen kann. Die Sozialdemokraten sprachen sich gegen diese Beschränkung des Verfahrens aus, da die Verhandlungen vor dem Obergesetzungsamt leider nicht die Gewähr bieten, daß der Arbeiter immer zu seinem Rechte kommen kann. Die Mehrheitsparteien jedoch nahmen hierauf keine Rücksicht; für sie ist die Entlastung des Reichsversicherungsamtes wichtiger als die Wahrung der Arbeiterrechte. Demnach ist in Zukunft der Rekurs an das Reichsversicherungsamt nur noch bei der Festsetzung der »Dauerrente« zulässig. Die Sozialdemokraten bemühten sich, in all den Fällen, in denen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt beseitigt wird, wenigstens das Recht der Revision zu belassen. Wenn dieser Antrag durchgegangen wäre, hätten die Berechtigten die Möglichkeit gehabt, gegen ein ungesetzliches Verfahren gegen eine falsche Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen oder gegen eine Entscheidung, die mit dem klaren Inhalte der Akten in Widerspruch steht, die Hilfe des Reichsversicherungsamtes anzurufen. Leider wurde auch dieser Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine sehr wichtige Debatte fand über die Frage statt, ob die Arbeitersekretäre als Beistand der Berechtigten vor Versicherungsbehörden erscheinen dürfen. In dem Einspruchsverfahren bestanden die Mehrheitsparteien darauf, daß die Arbeitersekretäre nicht zugelassen werden sollen. Die Berufsgenossenschaft dagegen soll das Recht haben, sich durch ihre Vertrauensleute vertreten zu lassen. Hierin sahen die Sozialdemokraten eine ganz unberechtigte Begünstigung der Berufsgenossenschaft, jedoch lehnten die bürgerlichen Parteien den Antrag der Sozialdemokraten ab, der die Zulassung der Arbeitersekretäre aussprechen sollte.

Anders sind die Bestimmungen für die Zulassung der Arbeitersekretäre vor den Obergesetzungsämtern und dem Reichsversicherungsamt. Hier haben die Arbeitersekretäre den Antrag auf Zulassung zu stellen. Das Obergesetzungsamt entscheidet über diese Anträge. Lehnt es einen Antrag ab, so ist die Beschwerde an die oberste Verwaltungsbehörde, also das Ministerium des Innern, zu lässig. Jedoch darf die Zulassung nur aus einem wichtigen Grunde, der sich aber nicht auf das religiöse und politische Verhalten des Berechtigten bezieht, verweigert werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß das letzte Wort über den Zulassungsantrag dem Reichsversicherungsamt zustehen sollte. Dies wurde nur unangenehm bezüglich der Zulassung vor dem Reichsversicherungsamt. c. b.

## Allgemeines.

Ist für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Ein Vorschlag — eine Mahnung!

In allen Mitgliedschaften unseres Verbandes, die den Extrabeitrag zugleich mit der Wochenbeitragsmarke kassieren, tritt bestimmungsgemäß vom April ab wieder der 1,30 Mk.-Beitrag in Kraft, d. h. für alle diejenigen unserer Kollegen, die sich die pünktliche Zahlung zur Pflicht machten. Ende März haben diese die Extrasteuer in Höhe von 10,40 Mk. geleistet und zahlen von da ab nur noch 1,30 Mk. pro Woche.

Schade, werden viele Kollegen denken, wir hatten uns nun schon so hübsch an den runden und netten Beitrag von 1,50 Mk. gewöhnt. Was tun wir künftig mit dem Ueberschuß von 20 Pf. pro Woche?

Ich möchte einen Vorschlag machen und würde mich freuen, wenn er in den Mitgliedschaften eine eifrige Diskussion auslöste, selbst auf die Gefahr hin, daß ich nicht gut dabei wegkomme. Wenn nur etwas Gutes, Brauchbares dabei herauskommt, dann bin ich schon zufrieden.

Wir alle wissen ja, daß die Extrastützung an Ausgesteuerte fallen mußte aus Mangel an Mitteln; unsere Kassenverhältnisse waren und sind wohl auch in absehbarer Zeit nicht derart, daß an eine obligatorische Wiedereinführung dieses Unterstützungsweiges gedacht werden kann, so wünschenswert das sein mag. So mancher unserer Kollegen hat den Wegfall dieser bescheidenen Unterstützung dennoch schmerzlich verspürt. Wie wäre es nun, wenn wir selbst hilfreich Hand anlegten und uns in den Mitgliedschaften einen lokalen Fonds schafften zum Zwecke der Unterstützung ausgesteueter Kollegen, und eben dazu die 20 Pf. wöchentlich opferten?

Einige der größten Mitgliedschaften unseres Verbandes erheben bereits einen ähnlich hohen Beitrag für lokale Zwecke, zur Zuschußkasse

in Krankheitsfällen usw. Diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Könnten nicht die übrigen Mitgliedschaften auf demselben Wege folgen? Ich glaube, es wäre möglich, auch in nur mittelgroßen Druckorten.

Die schwerste Zeit der Wirtschaftskrise liegt wohl hinter uns, die Konjunktur zieht etwas an; wir hoffen alle, daß uns die nächsten Jahre etwas stabilere Berufsverhältnisse bringen. Ist das der Fall, dann wird es auch möglich sein, wenn wir sofort dazu Stellung nehmen, uns einen größeren lokalen Fonds anzulegen, der vielleicht sehr vielen von uns in einigen Jahren, wenn wieder eine wirtschaftliche Depression eintritt, eine willkommene Hilfe sein wird.

Also bitte, Kollegen, prüfet den wohlge-meinten Vorschlag; ich denke, er ist der Erwägung wert.

Können sich die Kollegen aber nicht für diesen Vorschlag erwärmen, so vielleicht um so eher für die folgende Mahnung.

Wir stehen vor den Reichstagswahlen. Allorts wird schon tüchtig gearbeitet, agitiert, kurz, alle Parteien rüsten emsig für die kommenden Wahlen.

Unsere bürgerlichen Gegner holen ihre verstaubten Parteifähnlein aus der Rumpelkammer und suchen die Wähler, besonders die »Herren Arbeiter«, für sich einzufangen. Erhebliche Summen werden im bürgerlichen Lager zusammengeschonrt, um im Wahlkampfe verwendet zu werden. Die Reichstagswahlen sind diesmal von so ungeheurer Bedeutung für die Arbeiterklasse wie selten zuvor; mit Anspannung aller Kräfte müssen wir Arbeiter diesmal den Kampf durchfuechten und unseren Gegnern für all die Unbill und Niedertracht der letzten Jahre einen Denkkettel geben, den sie nie mehr vergessen sollen.

Dazu gehört aber nicht nur, daß wir Arbeiter uns jederzeit persönlich in den Dienst unserer guten und gerechten Sache stellen und dort unsere Pflicht erfüllen, wenn die Partei ruft, dazu gehört auch, daß wir alle die Parteimitgliedschaft erwerben, um so unser bescheidenes Teil zu den finanziellen Opfern beizutragen, die dieser Wahlkampf kostet.

Und daran hapert es leider noch bei sehr, sehr vielen unserer Berufskollegen. Das beweisen die statistischen Erhebungen der Parteiorganisation über die Berufszugehörigkeit ihrer Mitglieder. Jetzt ist es noch Zeit, das Versäumte gutzumachen, zögere keiner, dem es ernst ist mit seinem Streben zur Befreiung der Arbeiterklasse von politischer und wirtschaftlicher Knechtung.

Oder wenn es schon dieser oder jener meiner Kollegen nicht über sich gewinnen kann, meinem Vorschlage beizutreten und in diesem Sinne zu wirken, dann treibe er seinen Egoismus wenigstens nicht so weit, daß er diese Mahnung ohne Wirkung an sich vorübergehen läßt. Dann erwerbe er ab 1. April die Mitgliedschaft in der Parteiorganisation, opfere dort wöchentlich 10 Pf. und trage somit dazu bei, daß es uns in den bevorstehenden heißen Kämpfen niemals an Pulver fehle. Erst dann hat er ein Recht, sich mit uns des Sieges zu freuen.

G. G.

### Ein Judasbrief.

In Niedersieditz stehen die Schriftlithographen und Steindruckerei der Firma Kunstdruck im Streik. Unter diesen mußte sich einer befinden, der die Maßnahmen des Streikkomitees der Geschäftsleitung hinterbrachte. Nun erschien in Nr. 3 des Deutschen Steindruckwerbes eine Notiz mit der Ueberschrift »Streikterrorismus«, worin ein Brief zum Abdruck gelangte, der den Kollegen des Rätsels Lösung bringen sollte. Wir hatten es für notwendig, der Gesamtkollegenenschaft Deutschlands diesen Brief, auf den bereits in Nr. 6 der »Or. Pr.« hingewiesen wurde, wörtlich zur Kenntnis zu bringen. Wir raten aber allen, sich ja recht fest hinzusetzen, damit niemand vom Stuhle fällt, denn dieser Brief dürfte alles bis jetzt Dagewesene weit übertreffen. Hier das herrliche Dokument:

»Sie werden sich wundern, daß ich gestern Nachmittag nicht mehr in das Geschäft zurückkehrte. Als ich zu Mittag nach Hause kam, klingelte es und zwar trat ein 2 Kollegen, selbige bearbeiteten mich

und meine Frau in so unerhörter Weise, daß es mir nicht möglich war ins Geschäft zu gehen, trotzdem ich den festen Vorsatz hatte, unbedingt zu kommen. Sie erklärten, daß ich mich in jeder Art und Weise unmöglich machte, z. B. als gesellschaftliche Achtung, Ausstoßung aus dem Verband, dann weiter durch meinen Wiedereintritt die Sache sich bedeutend verzögern, und demnach in vielen Familien das Elend noch vergrößern, anderen Leuten wollten sie es sagen, die mir auf Schritt und Tritt nachgehen sollten und anderes mehr. Aus all dem angeführten sehen Sie daraus, wie verzweifelt meine Lage ist, ich weiß tatsächlich nicht, was ich machen soll. Sie sollten bloß das Bild gesehen haben, wie ich gestern Mittag, trotzdem ich noch gehen wollte, rechts und links einer und ich in der Mitte vor dem Restaurant zur Laube angekommen waren, sofort wurde ich umringt, am Arme gefaßt und ich ins Lokal gebracht. Drinnen angekommen saß ich in der Mitte und ringsum saßen sie da richtig wie ein Vogel im Käfig, nun ging die Gerichtsverhandlung nochmal von vorne los, wenn der eine nicht mehr weiter konnte, ging der andere los, das ging den ganzen Nachmittag so fort, ich sage Ihnen, ich wußte tatsächlich manchmal nicht, wo mir der Kopf stand. Außerdem meinten sie, die Firma könne es nicht viel mehr länger aushalten, es müsse bald zum Frieden kommen. Gleichzeitig sagten sie, wenn ich jetzt arbeitete, wollten sie mit mir nicht mehr arbeiten, und ich würde von einem Ort zum anderen getrieben, ich würde nirgends mehr festen Fuß haben. Ich könnte Ihnen noch viel mehr schreiben, aber schon aus alledem können Sie sehen, wie fanatisch die arbeiten, sie lassen niemanden in Ruhe. Dies Ihnen zur Nachricht, und stehe Ihnen zu anderweitiger Bewegung gern zu Diensten. Hochachtungsvoll (folgt Unterschrift).

Der Name des Briefschreibers war in der Notiz nicht genannt. Wir sind aber in der Lage, mitteilen zu können, daß die nicht nur ihren Schreiber, sondern auch die Firma und das Schutzverbandsorgan in gleicher Weise kennzeichnende Epistel den Steindruckern Ernst Friedemann aus Leuben bei Dresden zum Verfasser hat; er hat sich selbst zur Verfälschung bekannt. Die Kollegen werden sich wundern, daß in dem Briefe von „gestern Nachmittag“ die Rede ist. Wir wollen bemerken, daß derselbe Ernst Friedemann aus Leuben bei Dresden bereits einen halben Tag Rausreißdienste verrichtete. Auf Zureden der Kollegen und seiner Frau, die ihn tränenden Auges bat, dies nicht zu tun, mag er davon abgesehen haben. Das Vertrauen zu ihm war natürlich geschwunden; daß er aber ein solches Schreiben an die Firma richten würde, hätten wir ihm doch nicht zugehört. Wie viel dieser Brief auf Wahrheit beruht und die Glaubwürdigkeit des Friedemann anzuzweifeln ist, wollen wir durch einige Beispiele — aber nur durch einige! — der Kollegenschaft hierdurch mitteilen.

Ernst Friedemann aus Leuben bei Dresden zog bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die Geschäftsleitung und den Faktor scharf vor Leder. Ob er dabei die Absicht hatte, andere hineinzuwickeln, wissen wir nicht. Charakteristisch ist auch, daß er sich, als wir in den Streik traten, freiwillig zu den ersten Posten meldete; wer aber nicht da war, das war Friedemann. Derselben Ernst Friedemann aus Leuben bei Dresden kam es aber auch nicht darauf an, während der Mittagspause — er kam dann etwas früher — in die Jackettaschen des Faktors zu sehen und in dem Notizbuch nach Adressen herumzustöbern, die er dann triumphierend den Kollegen übermittelte und sich seiner Tat rühmte. Daß dies unaufgefordert von ihm gemacht wurde, sei nur nebenbei bemerkt.

Einmal kamen die Druckerkollegen auf den Gedanken, einen Sparverein zu gründen, damit ihnen zum Feste der Liebe ein paar Mark mehr zur Verfügung ständen. Als Kassierer wurde Ernst Friedemann gewählt. Das Weihnachtstfest rückte immer näher und die Oesichter wurden immer fröhlicher, da es ja bald Geld gab. Von den Zinsen sollte ein kleines Festessen veranstaltet werden. Der Tag der Auszahlung stand bevor, aber wie es zum Auszahlen kommen sollte, stellte sich heraus, daß Ernst Friedemann aus Leuben bei Dresden einen großen Teil des Geldes — nicht mehr hatte. Auf Verwendung einiger Kollegen gelang es ihm, die fehlende Summe von einem Kollegen geliehen zu erhalten. Wenn ihm der Kollege nicht beigeprungen wäre, so säße Ernst Friedemann jetzt wegen Unterschlagung hinter verschlossenen Türen. Obiger Brief ist der Dank für unsere Nachsichtigkeit.

Auf dem Wege von der Fabrik muß Ernst Friedemann an drei Restaurationen vorbei. In jeder hat er Pfänzchen, die man Vergißmichnicht nennt, hinterlassen. Er glaubte nämlich, wenn er sich eine Weile nicht sehen ließe, würde alles vergessen sein und das Schuldensmachen könne dann von neuem beginnen. Mit Vorliebe läßt Ernst Friedemann aus Leuben bei Dresden Rollmöpse. Da er jedoch dafür nicht viel ausgeben wollte, verließ er auf den Gedanken, in einem unbewachten Augenblick lieber einen mehr herauszunehmen, was ihm vom Wirt einmal gehörig gesagt wurde.

Ernst Friedemann scheute sich auch nicht, bei Festen, an denen manchmal auch Lehrlinge teilnahmen, von diesen Bier abzubetteln und ihnen die an und für sich schon leeren Taschen noch mehr zu erleichtern.

Wir könnten noch eine Menge solcher Blüten bringen, jedoch glauben wir, daß diese wenigen genügen werden, den Charakter und die Glaubwürdigkeit des Ernst Friedemann richtig zu beleuchten. Einen Ausspruch Friedemanns, den er kurz vor dem Streik hören ließ, wollen wir nicht unerwähnt lassen. Er sagte nämlich: „Ich kann es nicht fressen und verstehen, daß sich solche Lumpen und Vagabunden noch finden und Streikbrecher machen und ihren eigenen Klassengenossen in den Rücken fallen.“ Vielleicht versteht es Ernst Friedemann aus Leuben bei Dresden jetzt. Dem Schutzverbande gratulieren wir jedenfalls zu diesem Schwurzeugen für den „Streikterrorismus“ ehrlicher Arbeiter, mit dem er noch viel Ehre einlegen kann. +

## Ortsberichte.

**Hirschberg i. Schl.** In der Kartonfabrik von E. Siegemund war seit etwa 10–12 Jahren der Schluß der Arbeitszeit an Sonnabenden und an den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage auf 5 Uhr festgesetzt und auch in der Fabrikordnung von 1908 eine gleichlautende Bestimmung enthalten. Da aber das Ankleiden vor Schluß der Arbeit gestattet ist und auch erst nach Feierabend der Lohn ausbezahlt wurde, konnten die Arbeiterinnen entgegen der Gewerbeordnung die Fabrik nicht pünktlich um 5 Uhr verlassen, bis die Gewerbeinspektion einschritt. Um sich für den dadurch entstehenden geringen Ausfall zu entschädigen, verfügte Herr S. am 3. Februar, daß vom 4. Februar an die männlichen Arbeiter bis 1/27 Uhr arbeiten sollen. Den Arbeiterinnen, deren Löhne zwischen 4 und 9 Mk. schwanken, sollen die ausstehenden Sonnabendstunden vom 18. Februar an vom Lohn abgezogen werden. Die bei der Angelegenheit beteiligten Lithographen und Steindrucker verließen wie immer um 5 Uhr die Fabrik, während die organisierten Buchdrucker sich dem Willen des Prinzipals fügten. (Um 5 Uhr Feierabend und von 5 1/2 Uhr an Löhnung, praktisch, was?) In einer einstimmig angenommenen Resolution protestierten die Kollegen gegen die ihnen zugemutete Verschlechterung. Am nächsten Sonnabend den 11. Februar verließen sie wieder um 5 Uhr die Fabrik. Sollte Herr S. auf seinem Verlangen bestehen, so werden wir bald zu einem Kampfe gedrängt, den wir mit allen Mitteln durchzuführen entschlossen sind. — Soeben geht uns noch die Mitteilung zu, daß die Firma alle Kollegen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist plötzlich entlassen hat. Dem Willen des Unternehmers fügten sich nur ein steinalter und ein junger Lithograph, die dem Verbands nicht angehören. Zuzug ist streng fernzuhalten.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.  
Redigiert von Fr. Schnetzer, Hannover.

## Noch einmal die Musterfrage.

Die leidige Musterfrage ist für die Kollegen eine der wichtigsten Fragen; sie ist viel wichtiger als manche Kollegen glauben. Wenn auch wiederholt in den Spalten der „Graphischen Presse“ und sogar auf den Generalversammlungen oder Konferenzen auf die Wichtigkeit der Musterfrage hingewiesen worden ist, so gibt es doch immer noch genug Kollegen, welche den Wert der Muster unterschätzen und denken, auch ohne Mustereinsendung Stellung zu kriegen. Das einzige Mittel, welches diese Kollegen von dem Wert der Muster überzeugen kann, dürfte die Wertschätzung der selbstgefertigten Muster von Seiten der Prinzipale sein; also die Ueberzeugung, welche die Unternehmer haben.

Wir sind heute in der Lage, von einer viel-suchenden Firma den Teil eines Briefes zu veröffentlichen, der die Musterfrage betrifft. Es heißt da wörtlich: „Im Besitze Ihres Geehrten vom ... danken wir verbindlichst für Ihre freundliche Offerte, erlauben uns jedoch Sie höflichst darauf aufmerksam zu machen, daß wir mit dem besten Willen nicht in der Lage sind, einen Herrn engagieren zu können, wenn wir nicht garantiert selbstgefertigte Musterarbeiten von demselben gesehen haben. Diese bieten den einzigen Maßstab zur Beurteilung der Leistungen der Herren Bewerber.“

Wir haben diesen sehr vernünftigen Standpunkt stets vertreten; und die langjährige Erfahrung hat uns noch darin bestärkt, daß die selbstgefertigten Muster die besten Zeugnisse für jeden Kollegen sind.

Wie kann z. B. ein Unternehmer, der einen schwarzen Abdruck deshalb gegen das Licht hält und besteht, weil er von Lithographen und Druckern gesehen hat, daß sie farbige Abdrücke von Abziehbildern gegen das „Fensterlicht“ hielten, um die Farbstärke zu beurteilen bez. die Uebereinanderlage und die Wirkung bei einem verkehrten Abdruck der Farbenskala, einem Lithographen und Drucker ein Zeugnis ausfertigen, allwo er doch vor jedem Lehrling dokumentiert hat, daß er auch rein garnichts von Lithographie und Steindruck versteht? Wie kann denn aber auch ein Mann, der ehemals Kaufmann, Holzändler oder Schuster war, etwas von der Lithographie verstehen!

Und wenn solchen Unternehmern, denen von dem Gewerbeamt von einem Fachmann gesagt wird, daß sie garnicht befähigt seien, einem Lithographen oder Steindruckern ein Zeugnis über ihre Leistungen auszustellen, noch der naive Ausspruch entschlüpft: „Nun, es können doch nicht alle Lithographen oder Steindrucker sein!“, so dürfte solches Vorkommnis auch ein Zeugnis sein für die Notwendigkeit der Einhängung und Aushängung selbstgefertigter Muster. Ohne Muster — arme „Schuster!“

## Aus den Sektionen.

**Leipzig.** Der Konflikt mit den hiesigen Privatlithographen hat nicht zum Auslande geführt. Die Betriebe, bei denen es nahe am Auslande war, haben es doch noch vorgezogen, im letzten Augenblick eine Einigung möglich zu machen. Die Verhältnisse sind nunmehr bei 80 Privatlithographen geregelt. Mit etlichen stehen wir noch in Unterhandlungen, so daß im allgemeinen gesagt werden kann, die Bewegung ist beendet. Der verbleibende Rest von Privatlithographen wird nunmehr rücksichtslos bekämpft werden. Der Kampf wird auch gegen diejenigen aufgenommen werden, die gegenwärtig niemand beschäftigen. Dazu bedürfen wir aber der Unterstützung aller Kollegen. Jeder muß uns Angaben über Arbeiten machen, die von Privatlithographen kommen, deren Unterschrift uns noch fehlt. — Wie wir bei der großen Zahl in Frage kommender Personen vorausgesehen haben, so ist es gekommen: manche Privatlithographen versuchen sich der Sache trotz ihrer Unterschrift zu entziehen. Wir werden aber wachen und wenn es sein muß sofort und mit den schärfsten Mitteln eingreifen. — Inzwischen hat nun auch das Schutzverbandsorgan über die wegen einiger Schutzverbandsmitglieder gepflogenen Verhandlungen berichtet. Wir können dazu nur bemerken, daß es auf jener Seite durchaus nicht so heidenmässig zugeht, wie man in dem Blatt jetzt lesen kann.

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

## Bronzedruck und Gesundheit.

In allen graphischen Zeitungen und Zeitschriften haben wir schon eine große Menge Aufsätze, Artikel, Fragen und Antworten, Ratschläge usw. — gute und schlechte — über den Bronzedruck gefunden. Vom Glänzen, Abheben, Oxydieren, Verwischen und anderen Uebelständen war die Rede. In Nachstehendem soll einmal von etwas Wichtigem gesprochen werden. Dieses Wichtigere betrifft die Gesundheit der mit dem Bronzedruck beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wer schon einmal längere Zeit entweder Bronze gedruckt, bronziert oder abgestaubt hat, der braucht weder Medizin noch Chemie studiert zu haben, um herauszufinden, daß diese Arbeit eine überaus schädigende Wirkung auf den menschlichen Organismus ausübt. Diese Wirkung geht etwa folgendermaßen vor sich: Die meisten Bronzen oxydieren, wenn sie mit Wasser, besonders mit angesäuertem, in Verbindung gebracht werden. Bei dieser Oxydation entsteht bei Bronzen, die Messing oder Kupfer enthalten, ein sehr starkes Gift: der Grünspan. Wir wissen, daß unser Körper fortwährend mehr oder weniger bemüht ist, auch ohne unsere Willensbestimmung verbrauchte Stoffe durch die Haut auszuscheiden. Er „schwitzt“. Dieser Schweiß besteht im Wesentlichen aus Wasser, Fettsäuren, Harnstoff und Mineralsalzen. Der Bronzestaub, der ja bekanntlich beim Bronzieren mit der Hand das ganze Lokal anfüllt, findet also an der Oberfläche unserer Haut die Bestandteile vor, die zur Grünspanbildung erforderlich sind. Bisweilen geht dieser Prozeß so demonstrativ vor sich, daß die davon Betroffenen einen starken blaugrünen Ton auf alle entblößten Körperteile bekommen. Auch an der Leibwäsche ist bei stark ausscheidenden Personen dieser Grünspan zu bemerken. Da aber unsere Haut nicht nur ausscheidet, sondern in gewissem Sinne auch „atmet“, so ist klar, daß für den Grünspan, der sich einmal auf der Haut befindet, der Weg ins Blut nicht mehr fern ist. Aber auch durch die Respiration unserer Lungen wird dem Blut der Bronzestaub zugeführt. Hieraus resultiert das mitunter starke Unwohlsein während und nach der Ausübung der Bronzierarbeiten. Dauert nun dieses „sich selbst Bronzieren“ nicht lange, so hat unter günstigen Umständen ein gesunder Mensch die in sich aufgenommenen Gifte bei richtiger Lebensweise bald wieder ausgeschieden. Wie aber, wenn solche Arbeiten tagelang, wochenlang, mitunter monatelang ausgehalten werden müssen? Wenn die damit beglückten Arbeiter oder Arbeiterinnen ohnehin schon kränklich sind? Und sind nicht auch schon schwangere Frauen dazu verwendet worden? In diesen Fällen kann nur von gefährlichen Wirkungen gesprochen werden.

Es liegt uns nun die Frage vor, ob wir verpflichtet sind, unsere Gesundheit ganz oder teilweise dem Bronzedruck zu opfern. Leo Tolstoi, der große



russische Dichter und Philosoph, sagte einmal: „Wenn es zur Herstellung schöner Farben oder schöner Stoffe notwendig ist, daß auch nur eine ganz geringe Anzahl von Menschenleben verloren geht oder verküzt wird, so mögen keine schönen Farben und Stoffe vorhanden sein.“ In diesem Satz ist zweifellos eine große Hochachtung vor einem Menschenleben ausgedrückt. Im Grunde genommen will die ganze Arbeiterbewegung ja auch nichts anderes, als jedem Menschenleben das zukommen zu lassen, was das Leben lebenswert macht, und dazu gehört in erster Linie Schutz des Lebens und der Gesundheit. Nach Tolstoi müßten wir also sagen: Fort mit dem Bronzedruck! So einfach geht das aber nicht. Würden wir in dem gleichen Sinn auf anderen Gebieten verfahren, so müßten wir auch sagen: Die Lokomotive hat Menschenleben gekostet, also fort mit ihr! Wir würden also einen Feldzug gegen die Kultur überhaupt unternehmen. Damit ist nicht gesagt, daß der Bronzedruck einen „roheren der bronze“ der Kultur darstelle. Wir können eher annehmen, daß in 90 von 100 Fällen der Bronzedruck umgangen werden könnte, ohne daß jemandem ein Schaden daraus entstehen würde. Wenn wir aber bei der Lösung dieser Frage anstatt rückwärts vorwärts blicken, so kommen wir jedenfalls dahin: Wenn schon bronziert werden muß, dann mit Maschinen, bei denen die Gefahr für unsere Gesundheit beseitigt oder doch auf ein Minimum herabgedrückt ist! Ist die Arbeit nicht mehr gesundheitsschädlich, dann bronzieren wir, bis es genug ist. Es ist aber an der Zeit, daß wir Schritte unternehmen in dieser Angelegenheit; es ist nicht unsere Pflicht, die Liebhaberinnen von Auftragnebern und Unternehmern mit unserer Gesundheit zu bezahlen.

Wie wäre es, wenn der Hauptvorstand — vielleicht in Gemeinschaft mit dem Buchdruckerverband und dem Verbands der Buch- und Steindruckereid- und Hilfsarbeiter — an geeigneter Stelle Vorschläge zu einer reichsgesetzlichen Regelung des Bronzedruckes machen würde? Wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist, dann ist Aussicht auf eine stärkere Vertretung im nächsten Reichstag vorhanden. Aber auch die bürgerlichen Abgeordneten würden sich jedenfalls freuen, wenn wir ihnen Gelegenheit zu positiver Arbeit geben würden. Diese Ausführungen waren schon geschrieben, als in der „Gr. Pr.“ Nr. 2 ein Auszug aus einer Publikation des britischen Arbeitsamtes erschien. Das dort Gesagte dürfte unsere Forderung nur bekräftigen. Vielleicht nehmen auch andere Kollegen zu meinem Vorschlag das Wort. B.

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

### Keine Streikbrechergarde?

Wir sind heute in der Lage, an zwei Beispielen das Wirken des Nebenorganisationsbüros für Chemigraphen zu kennzeichnen. Ein Brief enthält die Mitteilung, daß der Vereinigung zunächst daran liege, Adressen zu erhalten; die Statuten sollen nach der nächsten Berliner Zusammenkunft (diese fand inzwischen am 27. Januar mit dem bereits geschichteten Ausgang statt) allen Bewerbern übermittelt werden. Dann heißt es weiter:

„Sollten Sie noch keine neue Stellung haben, so wenden Sie sich sofort an die Firma C. Wittstock (Adresse), berufen Sie sich auf meinen Namen, es handelt sich um eine dauernde Stellung. . . . Übermitteln Sie mir bitte weitere Adressen von Nichtverhandlern, damit wir auch diesen unsere Aufnahmebedingungen übersenden.“

Mit kollegialen Gruß C. Friedemann (Adresse). Eine Postkarte lautet:

Berlin, 4. 2. 1911.

Herrn . . . . . teilen wir Ihnen mit daß wir eine neu gegründete Vereinigung Deutscher Chemigr. 1911 sind. Wir verweisen Sie behufs Engagement an die Firma: Karl Kind jr., Cliché- und Stempelfabrik (Adresse). Jedoch müssen Sie sich verpfl. dieser Vereinigung die dieselben Ziele verfolgt wie der Verband d. Chemigraphen, beizutreten, andernfalls können Sie nicht in der Firma Engagement finden. Ihre Mitgliedschaft erwerben Sie mit Empfang der Mitgliedskarte vom Arbeitsnachweis Alfred Schüll (Adresse). Wochenbeitrag beträgt 80 Pf.

Mit kolleg. Gruß Alfred Schüll. Das schlägt doch dem Faß den Boden aus! Wenn die Organisationsstümpfer über soviel Geschick verfügen, wie sie Dreistigkeit besitzen, könnten sie uns tatsächlich gefährlich werden. Das soll also heißen: der Verband suche ebenfalls durch organisierten Sperrbruch zur Verschlechterung der Berufsverhältnisse beizutragen! Die Herren Friedemann, Schüll usw. scheinen das Begriffsvermögen ihrer Kollegen recht niedrig einzuschätzen, wenn sie ihnen solchen Unsinn vorzusetzen wagen.

Die beiden Schreiben beweisen aber auch, welchen Wert die Versicherungen der Gründer der Vereinigung haben. Wenn sie Arbeitskräfte nach Anstalten vermitteln, in denen die Kollegen wegen Nichtanerkennung der tariflichen Bedingungen die

Arbeit einstellen, so sind sie eben das, was sie nicht zu sein vorgeben, eine Versicherungsgesellschaft für die Folgen des Streik- und Sperrbruchs.

Indem sie die Bewerber um offene Stellen verpflichten, ihrer sogenannten Organisation beizutreten, machen sie aber außerdem noch das Gleiche, was sie anscheinend im Verbands als Herrschsucht und Egoismus bezeichnen. Nur die Folgen sind dabei die entgegengesetzten. Während es dem Verbands gelungen ist, durch den Organisationsvertrag bedeutende Verbesserungen innerhalb des Gewerbes zu erzielen, versuchen sie das Erreichte wieder zu vernichten.

Wenn die paar gründungswütigen Retuscheure der Rixdorfer Privatretusche so wenig über die Intelligenz ihrer Berufsgenossen orientiert sind, daß sie glauben, bei diesen mit solchem widerspruchsvollem Geseire Effekt machen zu können, so sollen sie lieber die Bude wieder zumachen. Dann ist es schon besser, Friedemanns Worte zu beherzigen: „Lassen wir eben die Karre laufen!“. Die nächste Versammlung soll ja wohl in F.'s Wohnung stattfinden. Vielleicht ist diese dann noch zu groß. gdt.

Berichtigung: in dem Artikel »V. d. Ch. 1911« in Nr. 6 der »Graph. Presse« muß es auf Seite 49, 1. Spalte Zeilen 33 und 34 natürlich heißen: »Der Mangel an zuverlässigen Arbeitskräften in den nicht-tarifreinen Anstalten wird ausgenutzt . . .«

### Aus den Sektionen.

**Berlin (Kupferdr.).** Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in der nach dem Ausschlusse des Mitgliedes Zülke der Jahres- und Kassenbericht erstattet wurde. Der Kassenbestand der Zuschußkasse unserer Filiale betrug Ende 1910 5350 35 Mk.; den Einnahmen im 4. Quartal von 1070 42 Mk. standen 855,30 Mk. Ausgaben gegenüber. Nach der Vorstandswahl gab unser Tarifvertreter ein ausführliches Bild von den letzten Sitzungen der Tarifinstanzen. Sein Referat löste eine lebhaft Diskussion aus, in der hauptsächlich die Verschlechterung der Lehrlingskassa scharf kritisiert wurde. Die Anwesenden verurteilten diese Maßnahme ganz entschieden und bedauerten, daß sie nicht mehr inhibiert werden könne. Zum Schluß appellierte der Vorsitzende an die Kollegen, die nächsten Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen wie die heutige und an allen Verbandsfragen regen Anteil zu nehmen.

**Berlin (Lichtdr.).** Am 14. Februar erstattete der Vorsitzende in einer starkbesuchten Versammlung Bericht über die Tarifverhandlungen am 12. Februar. Er führte aus, daß auf dem Wege des Reichstarifs unmöglich ohne Kampf mehr zu erreichen gewesen sei. Wenn auch die Zugeständnisse für Berlin nicht beträchtlich seien, so bringe der Tarif doch für das Reich bedeutende Vorteile, die unbedingt anerkannt werden müßten. Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Verschiedene Kollegen bemängelten; daß gerade für Berlin so wenig Vorteile errungen worden seien; wie die Stimmung am Orte war, hätte unbedingt ein besseres Resultat erreicht werden können, wenn die ganze Aktion nicht durch eine plötzliche Aenderung der Lage durchkreuzt worden wäre. Dieser Ansicht traten andere Kollegen entgegen, die an der Hand von Beispielen nachwiesen, wie sich die Bewegung entwickelte und wie wir von dem Bestreben zum Abschluß eines Lokaltarifs wieder zu einem Zentraltarif gekommen sind. Namentlich biete die Anerkennung des Achtstundentages auch für die hiesigen Kollegen Vorteile, besonders wenn man in Betracht zieht, daß heute ein Kollege hier und in nächster Zeit an einem anderen Orte zu arbeiten gezwungen ist. Ferner sei anzuerkennen, daß das Tarifamt nach Berlin verlegt wurde, wodurch jedenfalls ein besseres und ersprießlicheres Arbeiten zu erwarten ist wie in den früheren Tarifperioden. — Nunmehr vollzog die Versammlung die Wahlen zum Tarifamt, aus denen die Kollegen Trapp als Vorsitzender, Albrecht und Peters als Beisitzer und Rotke als Stellvertreter hervorgingen. — Zum Schluß brachten mehrere Kollegen einer Berliner Firma Beschwerden vor. In der betreffenden Anstalt werden in letzter Zeit die Kollegen auf jede Art und Weise schikanieren, so daß sich fünf Retuscheure wegen dieser menschenwürdigen Behandlung veranlaßt sahen, die Kündigung einzureichen. Inzwischen fanden in der Angelegenheit Verhandlungen statt, die zu einer Einigung führten, worauf die Kündigungen zurückgezogen wurden.

**München (Chemigr.).** In der Generalversammlung vom 4. Februar wurden die Berichte der Funktionäre entgegengenommen. Der Vorstandsbericht konnte nicht gegeben werden, da durch das Ableben des Vorsitzenden die notwendigen Zusammenstellungen fehlten. Nach dem Kassenbericht stand einer Einnahme von 8454,33 Mk. eine Ausgabe von 5593,— Mk. gegenüber. Das Vermögen der Extrakasse beträgt 1642,20 Mk. In der Zuschußkasse für hilfsbedürftige Kollegen befinden sich 203,90 Mk. Aus der Bibliothek wurden im Laufe des Berichtjahres 760 Bücher entliehen. — Nach Erledigung der Wahlen zum Füll- und Bezirksvorstand, Gewerkschaftsverein und der Krankenkontrollen, wurde die Versammlung mit einem Appell zu gemeinschaftlicher positiver Arbeit geschlossen.

## Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.  
Zentralnachweis: Wilhelm Hünlein, Berlin N. 28.  
Anklamstr. 27, 1. — Telephon-Amt III. 5246.

### Engagements ohne ordnungsgemäße Vereinbarung vor dem Gewerbegericht.

Gegen die Warenhausfirma Wolf Wertheim klagte der Retuscheur Pötsch vor dem Berliner Gewerbegericht auf Anszahlung des restlichen Gehalts für 3½ Monate. Der Sachverhalt war folgender: P. war s. Z. als 1. Retuscheur engagiert worden. Als P. in die photographische Abteilung der Firma eintrat, waren in der Retusche-Abteilung nur zirka 5 Retuscheure bzw. Retuscheusen beschäftigt. In der Folgezeit stieg die Zahl der in der Abteilung Beschäftigten auf 15 und mehr Personen; auch wurde eine größere Zahl Heimarbeiter beschäftigt. P. hatte nun selbständig über die Verteilung der Arbeit zu disponieren; auch sah er die Arbeiten der Abteilung durch und ordnete etwaige Korrekturen an. Am 1. Dezember kündigte ihm die Firma zum 15. Dezember die Stellung und entließ ihn an diesem Termin. P. machte geltend, daß er als technischer Leiter nach § 133a der Gewerbeordnung sechs-wöchentliche Kündigung zum Quartalschluß habe und die Firma hätte ihm daher erst am 15. Februar zum 31. März kündigen können.

Während einige Retuscheure und Retuscheusen, die noch in der Firma tätig sind, die angegebene Tätigkeit des Klägers P. bestätigen, wurde sie vom technischen Leiter des photographischen Ateliers Wolf Wertheim und vom jetzigen 1. Retuscheur bestritten. Beide behaupteten, P. habe die Arbeiten mechanisch verteilt, ohne eine direkte Aufsicht auszuüben. Der 1. jetzige Retuscheur ging sogar soweit, zu bestreiten, daß ein Verteilen der Arbeit je nach der Qualifikation der Retuscheure und Retuscheusen notwendig sei. — Leider kam das Gericht zur Abweisung der Klage, bemerkte aber, der Tatbestand liege so, daß die Frage, ob P. technischer Leiter nach § 133a der Gewerbeordnung sei, auf des Messers Schneide liege. — Hoffentlich wird P. Berufung einlegen.

Gegen den Hof-Photographen Nicola Perscheid klagte vor demselben Gewerbegericht der Student Köcher auf 220 Mk. Lohn für 2 Monate. Köcher, der angibt, z. Z. die technische Hochschule zu besuchen, hat seine Vorkenntnisse in der Firma Molling-Wien und auf der Lehr- und Versuchsanstalt erworben und war, wie er behauptet, fest für die Ferienzeit mit dem horrenden monatlichen Gehalt von 110 Mk. von dem Herrn Kunstphotographen Perscheid engagiert worden. Wie sich aus der Verhandlung ergab, arbeitet Herr Perscheid auch vielfach mit Damen, darunter solchen vom Lettehaus, deren Ausbildung daselbst erst abwartet. Perscheid entließ nun den »Studenten« Köcher plötzlich, weil dieser ihm eine Dunkelkammerlampe nicht genau geprüft habe und diese bei der Ankunft in Baden-Baden nicht gebrauchsfähig war. Herr Perscheid behauptete, er habe Köcher nur zur Aushilfe engagiert und ihn deshalb auch nicht zur Krankenkasse angemeldet. Das Gericht betrachtete den Herrn »Studenten« als Gewerbegehilfen und verurteilte Herrn Perscheid zu 14 Tagen Lohn mit 55 Mk.; mit der Mehrforderung wurde der Kläger abgewiesen. Auch wurde Herrn Perscheid die Belehrung zuteil, daß er auch Aushilfskräfte, die länger wie drei Tage bei ihm in Beschäftigung stehen, zur Krankenkasse anzumelden habe, andernfalls er sich strafbar mache. Besonders schmerzlich empfand es der gewübte Herr Perscheid, daß der junge »Student« mit seinen »Schmissen« von einer Gräfin Maltzahn gelegentlich einer Aufnahme mehr beachtet wurde wie er selbst. H.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- und Zeug- und Seidendrucker.  
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 30,  
Rudolfsstr. 26.

### Budengespräch.

Sonnabend früh. Ich komme in das mit Staub gefüllte »Atelier«. Die »Graph. Presse« liegt bereits auf meinem Platz. Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis belehrt mich, daß wieder etwas unter »Tapetenbranche« zu lesen ist. Sofort regt sich die Neugierde ob dieser Sensation. Ehe nun der »Prinzipal« erscheint, ist das Sprechen zwar nicht erlaubt; aber er hört es ja nicht, und es entspinnt sich unter einigen Kollegen folgendes Gespräch:

Was ist das für ein Artikel heute?  
Nichts von Belang. Er behandelt nur die Lehrlingsfrage.

Nicht von Belang, sagst Du? Ich meine, das ist doch ein sehr wichtiges Thema.

Nun, ja. Aber warum hat man diese Frage denn in Hannover nicht geregelt?

Allerdings war das nicht besonders glücklich. Die Unternehmer scheinen es dieses Jahr auch weidlich auszunutzen. Aber um so mehr ist eine Diskussion darüber in der Presse erwünscht. Wir müssen bei der nächsten Gelegenheit in dieser Frage weiterkommen. Selbst auf die Gefahr hin, eine weitere Arbeitszeitverkürzung preiszugeben.

Das ist ja alles ganz schön. Aber es erscheinen ja gleich keine Artikel. Ich meine, wenn jede Filiale auch nur einen verläste, müßte in jeder Presse einer zu finden sein.

Hierin hast Du vollkommen Recht. Wollen wir doch morgen gleich einen verbrechen! Ich komme zu Dir. Wann bist Du zu Hause?

Ich? Morgen bin ich gar nicht da. Wir haben im Gesangverein wichtige Sitzung, da darf ich nicht fehlen. Uebrigens, muß ich denn gerade derjenige sein? Es gibt doch noch andere. Frage mal Paul. Vielleicht wird der mittun.

Ich? Ich gehe morgen mit Max spazieren. Man muß doch auch mal frische Luft schnappen.

Wenn nun aber jeder so denken wollte? Dann dürft ihr Euch auch nicht wundern, wenn keine Artikel erscheinen.

Nun, glaubst Du denn, daß ich meine geringe freie Zeit mit Artikelschreiben verschwende? Da ist mir meine Gesundheit doch noch lieber. Aber wenn Du gar so versessen auf das Schreiben bist, so tue es doch selbst.

In diesem Augenblick kam der Herr „Prinzipal“ herein und der Maulkorbparagraph der Arbeitsordnung trat in seine Rechte. Für diesmal empfand ich es als eine Wohltat.

**Aus den Sektionen.**

**Leipzig (Wachstuchdrucker).** In der Firma Roeller & Huste wurden die Wachstuchdrucker zur Arbeitseinstellung gezwungen. Die Firma brachte einen neuen Akkordtarif, der die Preise in unerhörter Weise stürzte. Die Firma hat zwar verschiedene Briefe mit der Verwaltung gewechselt, ist indessen über plattonische Liebeserklärungen nicht hinausgekommen. Wie sehr die Preise gekürzt werden sollen, ergibt sich daraus, daß ein angesehener Lohn von 26 Mk. pro Woche ungefähr für die Folge noch 14 bis 15 Mk. betragen würde. Da eine Einigung mit der Firma nicht möglich gewesen ist, bleibt diese selbstverständlich bis auf weiteres gesperrt.

**Feuilleton.**

**Vom Büchertisch.**

**Klimsch's Jahrbuch, Band XI, 1911.** Technische Abhandlungen und Berichte über Neuheiten aus dem Gesamtgebiete der graphischen

Künste. Verlag von Klimsch & Co. in Frankfurt a. M. 302 Seiten 4<sup>o</sup> und zahlreiche Tafeln.

Eine Prachtleistung moderner Buchkunst, deren Titel, Decke, Vorsatz und Schrift nach Zeichnungen von Professor Walter Tiemann in Leipzig hergestellt wurden. Dadurch ist das Buch von einheitlicher, feinsten und vornehmster Wirkung. Und wie die Ausstattung, so auch der Inhalt! Alle neueren Reproduktions- und Druckverfahren werden von berufenen Federn behandelt. Die Titelaufgaben einiger Beiträge werden das bestätigen: Max Brückner bespricht den Merktatiedruck und seine Bedeutung als Universal-Illustrationsmittel; Hermann Ebeling handelt über Gummidruckpressen im Steindruckgewerbe; Schumacher schreibt über die Immediographie. Von sonstigen Abhandlungen seien hervorgehoben: Grenzen und Ziele in der Druckausstattung; Rotationsdruck; Fortschritte im Setzmaschinenwesen; Technik der Kreidelithographie; Gesamtgebiet des lithographischen Umdrucks; Metallschildererzeugung; Negativ- und Diapositivreinsche usw. usw. Die meisten Beiträge sind durch Abbildungen noch verständlicher gemacht. Eine Fülle von Tafeln in den verschiedensten Vervielfältigungsverfahren bilden den Abschluß des stattlichen Bandes, das sich seinen Vorgängern aus den letzten Jahren ebenbürtig anreihet. »Einen vortrefflichen Ueberblick über die Entwicklung der verschiedenen graphischen Reproduktionsverfahren und der Buchausstattung... gewähren die Jahrbücher von Klimsch & Co. in Frankfurt a. M.,« schreiben wir aus Anlaß des Erscheinens des vorigen Jahrgangs. Und dieses Urteil muß angesichts des neuen Jahrbüchens nur unterstreichen werden.

**Die bürgerliche Jugendbewegung.** Von Karl Korn. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. 112 Seiten 8<sup>o</sup>. Preis brosch. 1 Mk., gebd. 1,50 Mk.

Die Schrift gibt in ihrem ersten Teile eine Uebersicht über die gesamte bürgerliche Jugendbewegung. Die einzelnen großen Gruppen der bürgerlichen Jugendbewegung, die katholischen Jugendvereine und Kongregationen, die evangelischen Jünglingsvereine in ihren verschiedenen Spielarten, die vielfachen Formen der sogenannten interkonfessionellen Jugendfürsorge, dazu die losen Veranstaltungen der Lehrlingshorte und -Feierabende, werden der Reihe nach vorgeführt, ihre Organisation geschildert, ihre Unterschiede zu erfassen gesucht; auch die vorhandenen weiblichen Vereine werden bei jeder Gruppe berücksichtigt. Aus den konfessionellen und den bisherigen interkonfessionellen Jugendvereins- und Jugendfürsorgebestrebungen hat sich in jüngster Zeit eine neue Bewegung entwickelt, die staatliche Jugendpflege, die auf dem Felde des Kampfes um die Jugend den Zusammenschluß sämtlicher Interessentengruppen des Klassenstaates erstrebt zum gemeinsamen Vorstoß gegen die proletarische Jugendbewegung. Die Korn'sche Schrift

schildert die Entstehungsgeschichte dieses neuen Kurses, sie zeigt die organisatorischen Kräfte, die hinter ihm stehen, sie legt seinen Operationsplan dar. Nur wenn die in der Jugendbewegung tätigen Kollegen über die Taktik und die Organisation dieser neuen Bewegung orientiert sind, werden sie sich in dem Gewirr all der Meldungen zurechtfinden, die tagtäglich durch die Presse laufen. Sie werden dann vor allem auch Bescheid wissen, wie sie sich gegenüber den scheinbar unverfänglichen Formen, in denen sich die staatliche Jugendpflege auch an sie heranzumachen sucht, zu verhalten haben. Sie werden endlich erkennen, daß dieser neue Kurs mit der Hetze, die jetzt von Polizei und Gerichten wider die proletarische Jugend inszeniert wird, zusammengehört, wie die beiden Seiten einer Medaille. Jeder für die Jugendbewegung interessierte Kollege sollte sich in den Besitz der Schrift setzen. Aber auch die Jugendlichen selber werden aus ihr mannigfache Belehrung schöpfen können, sowohl über die Gefahren, die ihrem Vorwärtsstreben von gegnerischer Seite drohen, als auch über die Notwendigkeit, ihre Altersgenossen, Lehrkameraden und jugendlichen Mitarbeiter der freien Jugendbewegung zuzuführen.

**Graphische Werkstätten.** Herausgegeben und redigiert von Albert Knab, Berlin W. 15. 2. Jahrg., Heft 2: Februar 1911. Kommissionsverlag Max Reichel & Co., Berlin W. 15, Lietzenburgerstraße 3. Preis für Verbandsmitglieder 1 Mk. für das Heft.

Das neue Heft bringt hauptsächlich eine Würdigung des graphischen Künstlers Otto Lietz-München und viele seiner Inserat- und Plakatentwürfe, durch die die Angehörigen des graphischen Kunstgewerbes vielfache Anregungen erhalten werden. Die Zeitschrift hat einige Monate ihr Erscheinen ausgesetzt. Es wäre im Interesse unseres Gewerbes sehr zu bedauern, wenn sie sich nicht halten könnte, denn sie und ihre Vorgängerin, die Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe, haben für die moderne Graphik direkt bahnbrechend gewirkt. Die »Graphischen Werkstätten« sollten daher durch unsere zeichnerisch tätigen Kollegen und durch alle Mitgliedschaften des Verbandes tatkräftig unterstützt werden.

**Das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften in Halle a. S. im Jahre 1910.** Mit einer Abhandlung über Wesen, Bedeutung, Umfang und Rechtswirksamkeit der Tarifverträge. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats, Halle a. S. 68 Seiten 8<sup>o</sup>.

**Licht und Schatten.** Wochenschrift für Schwarzweißkunst und Dichtung. Herausgegeben von Hanns von Gumpenberg. Redaktion: München, Kaiserstr. 5. Expedition: München, Theaterstr. 48. Erscheint jeden Freitag. Preis für das Heft 20 Pf., vierteljähriges Abonnement (13 Nummern) 2,25 Mk., bei direkter Zusendung in Papierrolle 3,55 Mk. Jahrg. 1, Nr. 20.

**Stellenangebote**

**Positiv-Retuscheur**  
erstklassige Maschinenkraft, in dauernde Stellung gesucht. [2,10]  
**Richard Labisch & Co., Berlin,**  
Schicklerstrasse 5.

**Positiv-Retuscheure**  
speziell für Ia. Maschinenretuschen sofort gesucht. [2,10]  
**J. G. Schelter & Glesecke, Leipzig,**  
Brüderstrasse

**Tüchtiger Strich-Photograph**  
in dauernde Stellung auf sofort gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschr. an [2,40]  
**J. G. Hueb & Co., O. m. b. H., Braunschweig.**

**Photograph**  
tüchtig in industriellen Aufnahmen und Kennmiss. n in der Repr.-Photog. und **Masch.-Retuscheur** erste Kraft, gesucht. Offert. und Gehaltsansprüche an **Melsenbach Riffarth & Co. Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 8.**

**Fapb-Netzer**  
(Fertigmacher)  
per sofort in dauernde Stellung gesucht. Ebenso [3,90]  
**1 Ia. Farbenandrucker**  
**1 Strich-Netzer**  
Geß. Offert. mit Gehaltsanspr. erbeten an **Gustav Dreher, Würtbg. graphische Kunstanstalt, Stuttgart.**

**Für Zeichner!**  
**Gesucht** für sofort ein tüchtiger Zeichner, gut bewandert in der Behandlung der Figur, Ornamentik und Schrift, und mit den Vervielfältigungsverfahren vertraut. Günstige dauernde Stelle. Offerten mit Musterarbeiten und Salair-Ansprüchen an die Annoncen-Expedition [6,-]

**Union-Reklame, Bern (Schweiz)**

**Mehrere tüchtige Messingstecher**  
stellen ein [2,10]  
**Klau & Häntsch, Adlershof bei Berlin.**

**Graphische Fachklassen**  
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Stellengesuche**

**Tüchtiger Strich- und Auto-Photograph,**  
auch bewandert in Farbaufnahmen sucht **sofort** Stellung. Großstadt bevorzugt. **Andor Neményi, Braunschweig, Bohlweg 36.** [1,35]

**Verschiedenes**

1,65] **„Matt-Lack“.**  
Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,- gegen Nachnahme.  
**F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.**

**Karl Rettig's Zinkdruck-Ätze**  
ermöglicht ein tadelloses : : Drucken von Zink : :  
**Berlin S. W. 29, Solms-Straße 30**

**Die besten Spritzapparate liefert**  
**Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.**

**Fachliteratur.**

**Der Aluminiumdruck (Algraphie).** Von K. Weiland. Preis inkl. Porto 85 Pf.  
**Der praktische Umdrucker.** Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch **Conr. Müller, Schkeuditz.**

**„Chromopasta“** per Kilo 4,50 Mk.  
Das beste Tonschutzmittel für Zink und Stein.

**Goldlack** per Kilo 5,- Mk. Das beste Hilfsmittel für Bronzeunterdruck. Das beste feuchtbleibende

**Umdruckpapier**  
für Merkantil, Format 48x56, zu beziehen durch **H. M. Köhler, Leipz.-Schönefeld, 2,10] Dimpfelstr. 1, III.**

**Verbandsnachrichten**

**Warnung!**  
Wir warnen ausdrücklich vor dem Chemigraphen **Christian Krämer** aus **Coblenz**, der uns mehrere Beträge schuldet und ohne Bezahlung seiner Kost durchgebrannt ist. - Ferner warnen wir vor dem Nachschneider **Arthur Wachtel** aus **Leipzig**, der auch ohne Bezahlung seiner Kost durchgebrannt ist. - Um Angabe deren Adresse wird gebeten **Lithographia, La Chaux-de-Fonds, Brasserie de l'univers, Place de l'ouest.**

**Achtung! Elberfeld!**  
1. Vorsitzender und Auskunftserteiler ist von jetzt ab **Gustav Börgmann** **Elberfeld**, am Exerzierplatz No. 32 IV. Diesbezügliche Fragen und Korrespondenzen sind an denselben zu richten **Zahlstelle Elberfeld.**